

Die Ukraine und die Staaten Ostmitteleuropas

Alexandrova, Olga

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Alexandrova, O. (1997). *Die Ukraine und die Staaten Ostmitteleuropas*. (Berichte / BIOst, 9-1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42869>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.rrz.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1. Generelle Aspekte des ukrainisch-ostmitteleuropäischen Verhältnisses: Gemeinsamkeiten und Differenzen.....	7
1.1 Versuche einer neuen, ostmitteleuropäischen Identitätsfindung	7
1.2 Alte und neue Probleme: Geschichte, Minderheiten, territoriale Ansprüche.....	9
1.3 Gegenseitige Sicherheitsinteressen.....	11
2. Bilaterale Beziehungen.....	13
2.1 Die Ukraine und Polen: Auf dem Weg zur strategischen Partnerschaft.....	13
2.2 Die Ukraine und Ungarn.....	19
2.3 Das distanzierte ukrainisch-tschechische Verhältnis.....	22
2.4 Die Ukraine und die Slowakei.....	23
2.5 Das schwierige ukrainisch-rumänische Verhältnis.....	25
3. Ansätze regionaler Zusammenarbeit.....	28
Fazit	31
Summary	33

6. Januar 1997

Olga Alexandrova

Die Ukraine und die Staaten Ostmitteleuropas

Bericht des BIOst Nr. 9/1997

Kurzfassung

Vorbemerkung

In den meisten Abhandlungen zur Außenpolitik der Ukraine stehen solche Probleme wie das russisch-ukrainische Verhältnis, die Beziehungen zum Westen, vor allem zu den USA, und die Position der Ukraine in der Frage der NATO-Osterweiterung im Mittelpunkt des Interesses. Dem Verhältnis der Ukraine zu ihren unmittelbaren westlichen Nachbarn, den Staaten Ostmitteleuropas – Polen, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn – wird in der Regel nur am Rande Aufmerksamkeit geschenkt. Jedoch kommt den ostmitteleuropäischen Reformstaaten in den Beziehungen der Ukraine zur Außenwelt eine kaum zu überschätzende Bedeutung zu. Seit 1995 legt die Ukraine den Schwerpunkt ihrer Außenpolitik immer deutlicher auf die Integration in die europäischen Strukturen. Dabei können die Staaten Ostmitteleuropas eine wichtige Rolle übernehmen. Da dies auch deren Interessen entspricht, können diese Staaten die Ukraine auf dem Weg nach Europa unterstützen.

Im vorliegenden Bericht werden zentrale Aspekte der Beziehungen der Ukraine zu den Reformstaaten Ostmitteleuropas – Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn – sowie zu einem wichtigen südosteuropäischen Nachbar der Ukraine analysiert: Rumänien.

Ergebnisse

1. Viele Gemeinsamkeiten – geographische, ethnische, historische, politische, kulturelle – verbinden die Ukraine mit den ostmittel- und südosteuropäischen Ländern. Zugleich jedoch trennen viele – alte und neue – Probleme sie voneinander. Geregelte Beziehungen zu den Nachbarstaaten – darunter auch zu den Staaten Ostmitteleuropas – waren aus ukrainischer Sicht vor allem für die Wahrung der territorialen Integrität des Landes, die Entschärfung möglicher ethnischer Konflikte und letztlich für die Existenz der Ukraine als Staat lebenswichtig.
2. Die Unabhängigkeit der Ukraine hat die sicherheitspolitische Lage der ostmitteleuropäischen Staaten grundsätzlich geändert. Die unabhängige Ukraine spielt eine wichtige Rolle bei der Bildung einer neuen sicherheitspolitischen Konstellation in der Region. Die Ukraine und die Staaten Ostmitteleuropas haben ausgeprägte gegenseitige Interessen im Bereich der Sicherheitspolitik, sie sind zur Erkenntnis gelangt, daß die Sicherheit der einen Seite von derjenigen der anderen Seite unmittelbar abhängt. Seit die Frage der NATO-

Osterweiterung auf der Tagesordnung steht, rücken die Sicherheitsprobleme der Region immer mehr in den Mittelpunkt des ukrainisch-ostmitteleuropäischen Verhältnisses. Im Unterschied zu Rußland hat die Ukraine nie eine kategorisch ablehnende Haltung gegenüber einem möglichen NATO-Beitritt ihrer Nachbarn bezogen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß nicht Rußland, sondern die Ukraine im Falle der NATO-Osterweiterung in erster Linie unmittelbar betroffen wird.

3. In einem wichtigen Bereich möglicher Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und den Reformstaaten Ostmitteleuropas, nämlich im wirtschaftlichen, gibt es nach wie vor viele Hindernisse und Schwierigkeiten. Vor allem bremst das ungleiche Tempo und Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung in den ostmitteleuropäischen Staaten einerseits und in der Ukraine andererseits den Ausbau von Handelsbeziehungen auf marktwirtschaftlicher Basis.
4. Polen ist der zweitgrößte und aus ukrainischer Sicht ohne Zweifel der nach Rußland wichtigste Nachbar. Unter allen ostmitteleuropäischen Staaten ist Polen auch der wichtigste Handelspartner der Ukraine. Ukrainische Politiker waren sich stets der außerordentlichen Bedeutung des Verhältnisses zu Polen bewußt. Bereits sehr früh räumten sie den Beziehungen zu Polen unbedingte Priorität ein. Jedoch stellt das polnisch-ukrainische Verhältnis eine äußerst subtile Materie dar, die von allen Beteiligten viel Verständnis verlangt. Das Verhältnis zwischen diesen beiden Ländern und Völkern ist durch die Geschichte stark belastet. Hinzu kommt, daß die Ostpolitik Polens gegenüber der Ukraine und Belarus mit Rücksicht auf Rußland betrieben wird.
Wenn auch gewisse Reibungen oder unerfüllte Erwartungen der ukrainischen Seite auftreten, so schätzen doch sowohl ukrainische als auch polnische Politiker zumindest auf der Ebene der politischen Eliten beider Länder den gegenwärtigen Stand und die Perspektiven der bilateralen Beziehungen sehr hoch ein. Seit der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrags mit Polen im Mai 1992 will die Ukraine das ukrainisch-polnische Verhältnis als strategische Partnerschaft verstehen.
5. Ungarn hat seinerzeit in gewissem Sinne eine historische Rolle bei der Einführung der Ukraine in die internationale Politik gespielt. Der offizielle Besuch des ungarischen Staatspräsidenten Arpad Göncz im September 1990 in Kyiv war die erste Visite eines Staatsoberhauptes nach der Souveränitätserklärung der Ukraine und bedeutete für die Ukrainer den Ausbruch aus dem internationalen Nichtsein. Nachdem ein ukrainisch-ungarisches Abkommen über die Minderheitenrechte im Mai 1991 unterzeichnet wurde, entwickeln sich die Beziehungen der Ukraine zu Ungarn verglichen mit denen zu den anderen Nachbarn am unproblematischsten.
6. Die Beziehungen zwischen zuerst der Tschechoslowakei und später der Tschechischen Republik und der Ukraine gestalten sich nicht in dem Tempo und in dem Maße, welche aus ukrainischer Sicht wünschenswert wären. Ein großes Problem für die Ukraine stellten Versuche mancher nationalistischer Gruppierungen in der Tschechoslowakei dar, den Status der Karpato-Ukraine auf die Tagesordnung der tschechoslowakischen Politik zu setzen. Nach dem Zerfall der Tschechoslowakei waren die Beziehungen zwischen der Ukraine

und Tschechien nicht mehr durch Territorialfragen getrübt. Beide Staaten haben keine gemeinsame Grenze und keine gegenseitigen Territorialansprüche. Dennoch blieben diese Beziehungen ziemlich distanziert. Eine der Ursachen hierfür liegt wohl darin, daß die Tschechische Republik in ihrem Bestreben, so schnell wie möglich in die europäischen Strukturen integriert zu werden, den Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten weniger Bedeutung beimißt und durch diese Beziehungen nicht belastet werden will.

7. Mit dem Zerfall der Tschechoslowakei erbte die Slowakei die territoriale und die Minderheitenfrage. Allerdings gestalten sich die slowakisch-ukrainischen Beziehungen überraschenderweise dynamisch und ziemlich problemlos. Die Ukraine war der erste Staat, welcher die Slowakische Republik anerkannte. Es gab von Anfang an Anzeichen für engere Kontakte zwischen der Slowakei und der Ukraine.
8. Von allen Nachbarn der Ukraine ist Rumänien neben Rußland der problematischste. Rumänien ist der einzige Nachbarstaat außerhalb der GUS, mit dem die Ukraine noch keinen Grundsatzvertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft unterzeichnen konnte. Das bilaterale Verhältnis ist von mehreren Problemen belastet, zu denen vor allem die territorialen Streitigkeiten sowie die Frage der Minderheiten zählen. Rumänien stellt – direkt oder indirekt – Gebietsansprüche auf Südbessarabien, Nordbukowina und die Schlangeninsel. Die ungelöste territoriale Frage bremst die Zusammenarbeit in anderen Bereichen, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet.
9. Die Beziehungen der Ukraine zu Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und der Slowakei haben noch einen weiteren sehr wichtigen Aspekt: das Werben der Ukraine um die Teilnahme an den verschiedenen ostmitteleuropäischen Strukturen. Das bezieht sich insbesondere auf die Zentraleuropäische Initiative und die CEFTA, die für Kiyv einen wichtigen Bezugspunkt bei der Suche nach alternativen Zusammenschlüssen zur GUS bilden. Die Beziehungen der Ukraine zu ihren westlichen Nachbarn werden im wesentlichen vom Erfolg oder Scheitern wirtschaftlicher und politischer Reformen im Lande abhängen. Werden die Reformen greifen, wird die Ukraine als wirtschaftlicher und politischer Partner attraktiver, sollten sie scheitern, werden sich die Ukraine und die ostmitteleuropäischen Staaten immer mehr auseinanderentwickeln.

1. Generelle Aspekte des ukrainisch-ostmitteleuropäischen Verhältnisses: Gemeinsamkeiten und Differenzen

1.1 Versuche einer neuen, ostmitteleuropäischen Identitätsfindung

In den Jahren 1995-1996 hat die Ukraine eine wichtige Korrektur ihres außenpolitischen Kurses vollzogen und die europäische Ausrichtung zur höchsten Priorität ihrer Außenpolitik erklärt. In seiner Rede vor der 41. Parlamentarischen Versammlung der WEU im Juni 1996 in Paris nannte der ukrainische Präsident Leonid Kutschma die Integration der Ukraine in Europa die Hauptpriorität und das strategische Ziel der Außenpolitik seines Landes.¹ Natürlich zählte die europäische Ausrichtung auch zuvor zu den Prioritäten der ukrainischen Politik, aber in der Realität versuchte die Ukraine, die Dominanz Rußlands durch den Ausbau der Beziehungen vor allem zu den USA auszubalancieren. Dies wurde nicht durch die Ausrichtung der ukrainischen Politik allein bedingt, sondern nicht zuletzt durch die seit 1994 zunehmend aktive amerikanische Politik gegenüber der Ukraine. Die Stellung der USA in der ukrainischen Politik wird zweifellos auch weiterhin äußerst bedeutend bleiben. Aber der Schwerpunkt der Bemühungen der Ukraine wird immer deutlicher auf die Integration in die europäischen – und euroatlantischen, wie es in der letzten Zeit heißt² – Strukturen gelegt. Die Anbindung des Landes an Europa hat bereits einen institutionellen Rahmen bekommen, und das Netz der Bindungen nach Europa wird dichter: Im Juni 1994 wurde das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen und im Juni 1995 das Interimkooperationsabkommen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union unterzeichnet; die Ukraine wurde im November 1995 in den Europarat und im Juni 1996 in die Zentraleuropäische Initiative (CEI) aufgenommen.

Bei der europäischen Ausrichtung der ukrainischen Politik kommt den ostmitteleuropäischen Reformstaaten eine kaum zu überschätzende Bedeutung zu. In seiner ersten Rede vor dem Parlament ("Verchovna Rada") setzte der neu ernannte Außenminister Hennadyi Udowenko die Zusammenarbeit mit den Staaten Ostmitteleuropas in ihrer Bedeutung gleich nach den Beziehungen zu Rußland auf die Prioritätenliste der neuen ukrainischen Außenpolitik.³ Udowenko erklärte den Ausbau der Beziehungen zu Polen, Ungarn, Bulgarien und den baltischen Staaten als eine genauso wichtige Aufgabe seiner Außenpolitik wie das Verhältnis zu den GUS-Staaten.⁴ Die Ukraine hat in den Jahren 1995-1996 eine dynamische Politik gegenüber den ostmitteleuropäischen Staaten betrieben und die politischen und militärischen Beziehungen zu ihren westlichen Nachbarn weiter ausgebaut. Die Bedeutung dieser Staaten geht über

¹ Ośrodek Studiów Wschodnich, Wiadomości (Warschau), Nr. 107, 10.6.1996, S. 5.

² A.a.O.; so auch der ukrainische Außenminister Hennadij Udowenko in seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung am 26. September 1996: *Za rozvytok demokratii i svitovogo spivrobitnyctva*, in: *Urjadovyj kur'jer* (Kyiv), 28.9.1996.

³ *Prioritety zovnišn'oi polityky*. Vystup H.J.Udovenka na zasidanni Verchovnoi Rady Ukrajinny 15 veresnja c.r., in: *Polityka i čas* (Kyiv), Nr. 10, 1994, S. 3-5.

⁴ Udowenko in einem Interview mit der Zeitung "Holos Ukrajinny" (Kyiv), 16.9.1994.

die Funktion eines direkten Transitweges nach Europa oder der Annäherung der Grenzen Europas an die Ukraine weit hinaus. Durch die Anbindung der Ukraine an die Region sucht Kiyv eine neue, ostmitteleuropäische Identität für das Land. Ein hochrangiger ukrainischer Diplomat schätzt den Beitritt der Ukraine zur Zentraleuropäischen Initiative vor allem als Widerlegung der These von der Zugehörigkeit der Ukraine zum postsowjetischen Raum ein.⁵ Präsident Kutschma sieht die Besonderheit der "geopolitischen" Lage der Ukraine darin, daß sie zugleich Ost-, Ostmittel- sowie Südosteuropa angehört.⁶ In seiner Grundsatzrede zur ukrainischen Europa-Politik erklärte es Kutschma vor dem polnischen Sejm zu einem der Hauptziele der Ukraine, sich als ein vollberechtigtes ostmitteleuropäisches Land zu behaupten.⁷ Allerdings scheint es, daß weder die Staaten Ostmitteleuropas noch westeuropäische Mächte noch Rußland bereit sind, das neue ostmitteleuropäische Selbstverständnis der Ukraine ernsthaft zur Kenntnis zu nehmen.

Man könnte nicht ohne Grund einwenden, daß sich dieses neue Selbstverständnis lediglich auf einen Teil der ukrainischen politischen Elite beschränkt. Aber die Wendung zur ostmitteleuropäischen Identität stellt keineswegs ein vollkommen neues Phänomen dar. Dieses Selbstverständnis als einer ostmitteleuropäischen Nation und das Bewußtsein von Gemeinsamkeiten des historischen Schicksals und gemeinsamer Erfahrung im inneren (Völker der Sowjetunion) und äußeren (osteuropäische Länder) sowjetisch-kommunistischen Imperium waren in den Jahren 1989-1991, als die ukrainische national-demokratische Bewegung ihren Höhepunkt erreichte, und am Anfang der ukrainischen Staatlichkeit stark ausgeprägt. Dazu kam die Ähnlichkeit wirtschaftlicher und struktureller Probleme und die Notwendigkeit, wechselseitig Absatzmärkte zu erschließen. Der ukrainische Außenhandel war in der sowjetischen Zeit sehr stark – bis zu 40 Prozent der ukrainischen Wirtschaft⁸ – auf die Staaten des RGW ausgerichtet. Die Ukrainer sahen in der Region von Polen bis Bulgarien "einen Knoten", "einen Keim" der künftigen "osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft" als Bestandteil des ganzen Europas.⁹ Mit der Zeit allerdings, als die Ukraine in eine tiefe wirtschaftliche Krise stürzte und die ostmitteleuropäischen Reformstaaten in ihrer Entwicklung das Land weit hinter sich gelassen und sich an den europäischen Markt umorientiert hatten, verblaßte dieses Gemeinsamkeitsgefühl, und die gegenseitige Marktabhängigkeit verschwand fast vollständig. Trotz einer gewissen Belebung der Handelsbeziehungen seit 1994 verhindert das ungleiche Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung in den ostmitteleuropäischen Staaten und in der Ukraine den Ausbau von Handelsbeziehungen auf marktwirtschaftlicher Basis.

⁵ Oleksandr Kupčyšyn, Spivrobitnyctvo - z SND, integracija - z Jevropoju, in: Polityka i čas, 1996, Nr. 7, S. 16.

⁶ Demokratyczna Ukrajina v sučasnomu jevropejs'komu konteksti. Vystup Prezydenta Ukrajiny L.D.Kučmy na zasidanni "Mižnarodnych Konferencij Ženevy" 21 bereznja 1996 roku, in: Polityka i čas, 1996, Nr. 4, S. 3-7, hier S. 4.

⁷ Vystup Prezydenta Ukrajiny L.Kučmy u Sejmi Respubliky Pol'sčca (Varšava, 26 červnja 1996 r.), in: Polityka i čas, 1996, Nr. 7, S. 82.

⁸ So der Minister für außenwirtschaftliche Beziehungen und Handel der Ukraine, Serhij Osyka, in: Urjadovyj kur'jer, 30.1.1996.

⁹ Ukraina, OON, mirovaja diplomatija, in: Meždunarodnaja žizn' (Moskau), 1990, Nr. 11, S. 7.

1.2 Alte und neue Probleme: Geschichte, Minderheiten, territoriale Ansprüche

Das Verhältnis der Ukraine zu ihren ostmittel- und südosteuropäischen Nachbarn ist stark durch die Geschichte geprägt. Die Hypothek der Geschichte schließt solche schmerzhaften Probleme ein wie konfliktträchtige interethnische Beziehungen, umstrittene Grenzänderungen in der Region, die oft durch Drittmächte nach zwei Weltkriegen vollzogen worden waren, sowie daraus resultierende Gebietsansprüche. Die Ukraine hat heute gemeinsame Grenzen mit mehreren ostmittel- und südosteuropäischen Ländern: mit Polen, mit der Slowakei, Ungarn, Rumänien und über das Schwarze Meer mit Bulgarien und der Türkei. Im Falle der NATO-Osterweiterung wird die Ukraine zumindest an zwei neue NATO-Mitgliedstaaten direkt angrenzen, an Polen und Ungarn.

Die Beziehungen zu den Nachbarstaaten, vor allem zu den ostmitteleuropäischen, wurden in der Ukraine von Anbeginn als prioritär, ja als lebenswichtig betrachtet. Die Sicherung stabiler Beziehungen zu Polen, Ungarn, Rumänien und zur damals noch einheitlichen Tschechoslowakei sowie zu Bulgarien und zur Türkei wurde zur unmittelbaren Aufgabe. Als Folge mehrfacher Neuziehung der Grenzen im Osten Europas nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg könnte jeder von den Nachbarstaaten territoriale Ansprüche an die Ukraine stellen: Polen in bezug auf Galizien, Ungarn und die Tschechoslowakei (später die Slowakei) auf die Gebiete in der Karpato-Ukraine, Rumänien auf die Nordbukowina und Südbessarabien. Gute, vertraglich verankerte nachbarschaftliche Beziehungen waren für die Erhaltung der territorialen Integrität der Ukraine notwendig. Verständlicherweise war die Ukraine bemüht, die Unverletzlichkeit der Grenzen mit ihren Nachbarn in Grundsatzverträgen über gute Nachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit abzusichern und festzulegen. Diese Verträge sollten vor allem die Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen und den Verzicht auf jegliche Territorialansprüche festhalten, darüber hinaus dem Schutz der Minderheitenrechte der Ukrainer in diesen Ländern dienen und zur Schaffung "politisch-rechtlicher" Grundsätze eines neuen Europas beitragen.¹⁰ Inzwischen ist der Demarkationsprozeß zwischen der Ukraine einerseits und Polen, der Slowakei und Ungarn andererseits abgeschlossen. Nach wie vor strittig bleiben dagegen die Territorialfragen zwischen der Ukraine und Rumänien.¹¹

Mit der territorialen Frage hingen Probleme verschiedener ethnischer Minderheiten in der Ukraine (vgl. Tab. I) und der ukrainischen Minderheit in anderen Ländern (vgl. Tab. II) – in Polen, in der Slowakei und Rumänien – eng zusammen. Die Gefahr bestand nicht nur in potentiellen ethnischen Konflikten zwischen den nebeneinander lebenden Volksgruppen, sondern auch in möglichen separatistischen und irredentistischen Tendenzen. Die ungelösten Territorialkonflikte könnten zu einer gefährlichen Sensibilisierung der ethnischen Minderheiten und zur Bedrohung der inneren Stabilität und territorialen Integrität der Ukraine führen.

¹⁰ Ukrajina, OON, a.a.O., S. 14.

¹¹ Auch mit den GUS-Nachbarn sind die Grenzfragen noch nicht gelöst worden. Bis Ende 1996 hätte der Verlauf der ukrainisch-belarussischen Grenze auf den Landkarten festgesetzt werden sollen. Rußland weigert sich, die "inneren" GUS-Grenzen als vollwertige Staatsgrenzen anzuerkennen. Auch zwischen der Ukraine und Moldova gibt es Meinungsverschiedenheiten über den genauen Verlauf der Grenze.

Andererseits aber wollten auch die Nachbarstaaten wissen, daß ihre Landsleute volle Rechte in der Ukraine genießen.

Tabelle 1

Einige Minderheiten in der Ukraine

<i>Minderheit</i>	<i>Zahl nach den Ergebnissen der Volkszählung 1989*</i>	<i>Schätzungen</i>
Bulgaren	233.800	-
Polen	219.179	285.000
Ungarn	163.111	200.000
Rumänen	134.825	460.000
Tschechen	9.122	-
Slowaken	7.943	viel höher

* Vsesojuznaja perepis' naselenija 1989 goda, in: Vestnik statistiki, 1990, Nr. 10, S. 76-77.

Tabelle 2

Ukrainische Minderheit in den Staaten Ostmittel- und Südosteuropas

<i>Land</i>	<i>Offiziellen Angaben</i>	<i>Schätzungen</i>
Polen	-	180.000-500.000
Rumänien	67.000	200.000
Slowakei	17.000-49.000	130.000

Die Ansätze in der Minderheitenpolitik wurden in der Ukraine schon sehr früh institutionell gefestigt. Bereits im Juli 1991 wurde das Regierungskomitee für Nationalitätenangelegenheiten (später das Ministerium und seit 1996 das Staatskomitee für Nationalitätenangelegenheiten und Migration) gegründet. Im November 1991 verabschiedete die Verchovna Rada einstimmig eine Deklaration, die allen Bürgern des Landes unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit gleiche politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte gewährte, einschließlich des aktiven und passiven Wahlrechts (das Recht zu wählen und in kommunalen, regionalen und gesamtstaatlichen Verwaltungen vertreten zu werden) sowie des Rechts, die nationale Kultur zu fördern und die Sprachen der Minderheiten in allen Lebensbereichen zu benutzen.¹² Im Juni 1992 wurde das Gesetz über nationale Minderheiten verabschiedet.¹³

Aus ukrainischer Sicht nicht weniger wichtig war dabei folgendes: Die Beziehungen zu den ostmitteleuropäischen Nachbarn sollten den Ausweg aus der jahrhundertealten Isolation bah-

¹² Izvestija (Moskau), 4.11.1991.

¹³ Pro nacional'ni menšyny v Ukrajinі, in: Holos Ukrajinny, 16.7.1992.

nen und die erste Stufe der außenpolitischen und wirtschaftlichen Emanzipation der Ukraine zuerst von der Sowjetunion und dann von Rußland sowie den Auftakt auf ihrem Weg nach Europa darstellen. Ukrainische Politiker haben von Anfang an erkannt, daß der Weg der Ukraine nach Europa über die ostmitteleuropäischen Länder – Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei – führt.¹⁴

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kamen einige ganz neue Erscheinungen und Probleme hinzu, die die Beziehungen der neuen unabhängigen Staaten zu ihren Nachbarn in Europa belasten. Dies betrifft insbesondere solche Probleme wie internationale Kriminalität, Drogenhandel, "Arbeitsmigranten"¹⁵, sogenannte "Pendelhändler" (in den ersten neun Monaten des Jahres 1996 haben beispielsweise etwa fünf Millionen Ukrainer Polen besucht¹⁶), die Furcht vor einer massiven Migration im Falle eines wirtschaftlichen und sozialen Kollapses der Ukraine. Alle ostmitteleuropäischen Nachbarstaaten beklagen sich, daß das ukrainische Territorium als Transitland und Schleuse für Drogen, internationale Kriminalität, illegale Einwanderer aus der Dritten Welt usw. dient.

Trotz solcher größeren und kleineren Probleme ist es der ukrainischen Führung gelungen, gute Beziehungen zu den wichtigsten ostmitteleuropäischen Nachbarn herzustellen und die Anerkennung der Unverletzlichkeit ihrer Grenzen durch fast alle Nachbarn zu erreichen. Nicht zufällig konnte die Ukraine ihre ersten diplomatischen Erfolge auf dem Wege der außenpolitischen Verselbständigung in den Beziehungen zu den ostmitteleuropäischen Staaten verbuchen.

1.3 Gegenseitige Sicherheitsinteressen

Die Ukraine und die Staaten Ostmitteleuropas haben ausgeprägte gegenseitige Interessen im Bereich der Sicherheitspolitik. Nachdem der neue ukrainische Staat die politische Bühne Europas betreten hatte, waren sich beide – die ukrainische und die ostmitteleuropäische – Seiten bewußt, daß die Sicherheit der einen von der der anderen unmittelbar abhängt. Es war von Anfang an offensichtlich, daß die unabhängige Ukraine eine gewichtige Rolle bei der Bildung einer neuen sicherheitspolitischen Situation in der Region spielen würde. Da die Versuche und Versuchungen, bestehende Verhältnisse zu verändern – Grenzrevisionismus, Irredenta und Separatismus –, für das Land eine direkte und immense Bedrohung seiner Staatlichkeit

¹⁴ Diese Erkenntnis wurde auch buchstäblich in die Praxis umgesetzt: Gab es im Dezember 1991, in der Stunde Null der ukrainischen Unabhängigkeit, 63 Grenzübergänge mit den ostmitteleuropäischen Ländern, so zählte die Ukraine im Dezember 1996 260 Grenzübergänge mit ihren westlichen Nachbarn. Allerdings schätzen die westlichen Nachbarn die Lage an der Grenze als sehr schlecht ein. Sie beklagen sich, daß die Durchlaßkapazität der Grenzübergangspunkte immer noch sehr begrenzt ist und an der Grenze Korruption herrscht.

¹⁵ In der Tschechischen Republik arbeiten legal bereits 27.000 Gastarbeiter ("Arbeitsmigranten") aus der Ukraine, die Dunkelziffer dürfte allerdings viel höher liegen, nach Einschätzungen bis zu 200.000. Vgl. Kievskie vedomosti (Kyiv), 31.10.1996. Im März 1996 wurde ein Protokoll unterzeichnet, welches die Quote der legalen Gastarbeiter aus der Ukraine für 1996 auf 36.000 festsetzte. Vgl. Urjadovyj kur'jer, 28.3.1996.

¹⁶ Ośrodek Studiów Wschodnich, Wiadomości, Nr. 189, 4.10.1996, S. 4.

bedeuten, tritt die Ukraine als eine osteuropäische Status-quo-Macht auf und wird dadurch zu einem Faktor der Stabilität in der Region.¹⁷

Die Unabhängigkeit der Ukraine hat die sicherheitspolitische Lage der ostmitteleuropäischen Staaten grundlegend verändert. Einerseits haben die ostmitteleuropäischen Staaten zum ersten Mal in der neueren Geschichte keine gemeinsame Grenze (abgesehen von einem relativ kurzen Grenzabschnitt zwischen Polen und der russischen Exklave Kaliningrad) mit einem russischen Staat (ob in seiner Gestalt als Russisches Reich oder Sowjetunion). Andererseits jedoch stellte der neue große Nachbar mit einer noch unbestimmten Innen- und Außenpolitik die ostmitteleuropäischen Länder anfänglich vor neue, unbekannte sicherheitspolitische Herausforderungen. Erstens entstand an ihren Grenzen ein neuer, noch ungefestigter Staat mit einer riesigen Armee und Nuklearwaffen. Zweitens befürchteten die ostmitteleuropäischen Staaten, daß sich Instabilität jeglicher Art in der Ukraine – ethnische Konflikte, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenbruch, Bedrohung des Landes von außen – direkt auf ihre eigene innere und außenpolitische Sicherheit (mit Hinsicht auf die Reaktion der westeuropäischen Nachbarn) auswirken würde. Die Beziehungen zur Ukraine wurden auch im Kontext des schwierigen Verhältnisses der ostmitteleuropäischen Staaten zu Rußland betrachtet. Die Reaktion Rußlands auf diese grundsätzlich neue geopolitische Lage ließ deutlich Befürchtungen erkennen, daß die Ukraine Rußland von Ostmitteleuropa isolieren könnte.¹⁸ Aus russischer Sicht kann der Ausbau der Beziehungen Kyivs zu den Staaten Ostmitteleuropas unerwünschte Folgen nach sich ziehen und zwar: Die Ukraine wird sich zunehmend von Rußland und der GUS distanzieren; die Ostmitteleuropäer und die Ukrainer können sich aufgrund ihrer vermeintlichen antiwestlichen Einstellung zusammenschließen, um Rußland von Europa zu isolieren.

Seit die Frage der NATO-Osterweiterung auf der Tagesordnung steht, rücken die Sicherheitsprobleme der Region immer mehr in den Mittelpunkt des ukrainisch-ostmitteleuropäischen Verhältnisses. Im Unterschied zu Rußland hat die Ukraine nie eine kategorisch ablehnende Haltung gegenüber einem möglichen NATO-Beitritt ihrer Nachbarn bezogen. Dabei ist es in erster Linie die Ukraine, die im Falle der NATO-Osterweiterung unmittelbar betroffen sein wird. Die anfänglichen Vorbehalte gegen die NATO-Osterweiterung resultierten aus Befürchtungen bezüglich einer Konstellation, die dann für die Ukraine entstehen würde. Das Land könnte zwischen zwei Blöcke geraten und zu einer Pufferzone werden. Überdies wäre es für die Ukraine unannehmbar, wenn Staaten in die NATO aufgenommen würden, die mit der Ukraine territorialen Streit hätten (was sich vor allem auf Rumänien bezog).

¹⁷ Vgl. dazu Taras Kuzio, *Ukrainian Security Policy*, The Washington Papers 167, London 1995, S. 130.

¹⁸ In einem Aufsatz zum Verhältnis Rußland-Ostmitteleuropa heißt es beispielsweise: "Die Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen allen beliebigen Strukturen im Raum UdSSR/Rußland und Zentraleuropa ist vornehmlich die Frage der Ukraine. Der gegenwärtige 'schwebende' Zustand dieses Territoriums stellt das Haupthindernis für die Reanimation der gegenseitigen Beziehungen zwischen Rußland und den Ländern Zentraleuropas dar." Vgl. Ljubov' Šišelina, *Rossija i Central'naja Evropa v novych geopolitičeskich usloviach*, in: Viktor Kiselev, Ljubov' Šišelina (Hrsg.), *Rossija i Central'naja Evropa v novych geopolitičeskich real'nostjach*, Moskau 1995, S. 37-65, hier S. 59.

Äußerst negativ reagierten ukrainische Politiker auf die Möglichkeit der Stationierung von Nuklearwaffen auf dem Territorium der ostmitteleuropäischen Staaten. Im Juni 1996, nachdem der Abzug aller Nuklearwaffen vom ukrainischen Territorium am 1. Juni 1996 abgeschlossen war, schlug Präsident Kutschma die Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone in Ostmitteleuropa vor.¹⁹ Dieser Vorschlag stieß in den ostmitteleuropäischen Staaten allerdings auf Ablehnung, vor allem in Polen und in Tschechien. Es war auch nicht klar, ob dieser Vorschlag auf der eigenen Initiative der Ukraine beruhte, oder ob die Ukraine vor dem Hintergrund schwieriger Verhandlungen mit Rußland über die Schwarzmeerflotte und den Status von Sewastopol damit vor allem Rußland einen Gefallen tun wollte. Allerdings konstatieren ukrainische Politiker einen prinzipiellen Unterschied zwischen der ukrainischen und der russischen Position. Er besteht ihrer Auffassung nach darin, daß die Ukraine diesen Vorschlag als ein Staat macht, der sein Nukleararsenal freiwillig abgab, während Rußland eine Nuklearmacht bleibt.

Die ukrainische Führung hat mehrmals erklärt, daß die Entscheidung über den NATO-Beitritt das souveräne Recht eines jeden Staates ist, und sich dezidiert dagegen geäußert, daß ein Drittstaat für sich ein Vetorecht gegen eine solche Entscheidung beanspruchen könnte. Die ukrainische Führung trat für eine "evolutionäre" Erweiterung der NATO ein. Inzwischen meinen ukrainische Politiker, daß die NATO-Erweiterung durch das "Vorrücken der westlichen Sicherheits- und Stabilitätszone gen Osten" eine positive Rolle bei der Sicherheit für alle Länder der Region spielen kann und wird²⁰. Die NATO bedeute für die Ukraine den Schlüssel zu einem stabilen Europa. Die NATO könne die Unabhängigkeit der Ukraine gewährleisten, und ihre Osterweiterung widerspreche den strategischen Zielen der Ukraine nicht.²¹ Mehr noch: Die Ukraine befürwortet die Idee der NATO-Osterweiterung,²² und sie strebt jetzt einen Vertrag über "besondere Partnerschaftsbeziehungen" mit der NATO an. Dieser Vertrag soll u.a. dazu dienen, die Entstehung einer Pufferzone in Osteuropa zu verhindern. Bei der Sitzung der Nordatlantischen Versammlung im November 1996 in Paris soll der erste stellvertretende ukrainische Außenminister, Anton Butejko, erstmals offiziell die Frage eines möglichen Beitritts seines Landes zur NATO gestellt haben.²³

2. Bilaterale Beziehungen

2.1 Die Ukraine und Polen: Auf dem Weg zur strategischen Partnerschaft

Polen ist der zweitgrößte und aus ukrainischer Sicht ohne Zweifel der nach Rußland wichtigste Nachbar. Jedoch sind die polnisch-ukrainischen Beziehungen eine äußerst subtile Materie,

¹⁹ Zajava Prezidenta Ukrajiny, in: Urjadovyj kur'jer, 6.6.1996.

²⁰ So Hennadij Udowenko, Außenminister der Ukraine, in: Interfax-Ukraine, 22.6.1996, zit. nach: BPA, Fernseh-/Hörfunkspiegel Ausland, 24.6.1996, S. 46.

²¹ Serhij Pyrožkov, Volodymyr Čumak, Ukrajina i NATO, in: Polityka i čas, 6/95, S. 17.

²² So der Sprecher des ukrainischen Außenministeriums, ITAR-TASS, 10.12.1996, zit. nach: BPA, Fernseh-/Hörfunkspiegel Ausland, 11.12.1996, S. 11.

²³ ITAR-TASS, 19.11.1996, zit. nach: BPA, Fernseh-/Hörfunkspiegel Ausland, 20.11.1996, S. 17.

die von allen Beteiligten viel Verständnis verlangt. Das Verhältnis zwischen diesen beiden Ländern und Völkern ist durch die Geschichte stark belastet. Ähnlich wie die Russen oder die Österreicher waren die Polen in der Vergangenheit Herrscher, Gegner und manchmal auch Feinde der Ukrainer. Die wechselseitigen Feindbilder sind in der öffentlichen Meinung beider Völker immer noch ziemlich stark verwurzelt. Allerdings zeigte die Bevölkerung der Ukraine in den ersten Jahren der Unabhängigkeit eine hohe ethnische Akzeptanz gegenüber den Polen. Nach dem Toleranzindex (bezogen auf die ethnische Toleranz der Bevölkerung der Ukraine) rangierten die Polen im Jahre 1992 an vierter Stelle, gleich nach den Ukrainern, Russen und Belarussen. Zwei Jahre später rutschten die Polen zwar auf den sechsten Platz ab, lagen aber immer noch vor den Deutschen, Slowaken, Ungarn, Rumänen, Serben usw.²⁴ Im polnischen Bewußtsein dominierte dagegen, wie die Warschauer Tageszeitung "Gazeta Wyborcza" schrieb, immer noch das Stereotyp vom blutrünstigen ukrainischen Banditen.²⁵ In einer Meinungsumfrage, die in Polen viel Aufsehen erregte, haben mehr Polen die Ukraine (38 Prozent) als eine Bedrohungsquelle genannt als Deutschland (28 Prozent).²⁶ Eine Meinungsumfrage, durchgeführt im Südosten Polens, einem Gebiet, das direkt an die Ukraine angrenzt und eine ukrainische Minderheit hat, zeigte, daß die dortige polnische Bevölkerung immer noch ein äußerst negatives Bild von den Ukrainern hegt.²⁷ Die schwierige Vergangenheit zu überwinden, Feindbilder und Mißperzeptionen abzubauen ist eine große Aufgabe für die Ukrainer wie für die Polen.

Zu den Erblasten der Vergangenheit gehört das Problem der ethnischen Minderheiten, der polnischen in der Ukraine und der ukrainischen in Polen. Die an und für sich brisante Frage der interethnischen Beziehungen wurde seinerzeit durch die stalinistische Politik der Zwangsum- und Aussiedlungen erheblich verschärft. Zwischen 1944 und 1946 wurden infolge der Vereinbarungen zwischen der sowjetischen Führung und dem Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung in Lublin, der späteren kommunistischen "Provisorischen Regierung" Polens, 790.000 Polen aus der Ukraine nach Polen und 483.000 von insgesamt 633.000 Ukrainern aus den ost- und südostpolnischen Gebieten bis Mitte 1946 in die Sowjetunion ausgesiedelt. Die Mehrheit der in Polen verbliebenen Ukrainer wurde jedoch im Rahmen der "Akcja Wisla (Aktion Weichsel)" ab 1947 nach West- und Nordpolen (ehemalige deutsche Gebiete in Ostpreußen und Pommern) deportiert.²⁸ Die Erinnerung an diese Zwangsumsiedlung wirft immer noch ihre Schatten auf das bilaterale Verhältnis. Nach den Ergebnissen der letzten sowjetischen Volkszählung von 1989 lebten in der Ukraine 219.179 Polen²⁹, nach anderen Einschät-

²⁴ Natal'ya Panina, *Interethnic Relations and Ethnic Tolerance in Ukraine. An In-Depth Analytical Report*, in: Klaus Segbers, Stephan De Spiegeleire (Hrsg.), *Post-Soviet Puzzles. Mapping the Political Economy of the Former Soviet Union*, Baden-Baden 1995, Bd. 4, S. 101-121, hier S. 115, Tabelle 6.

²⁵ *Gazeta Wyborcza* (Warschau), 14.2.1992.

²⁶ *Gazeta Wyborcza*, 14.2.1992.

²⁷ Henryk Petrzak, *Stereotypy narodowościowe Euroregionu Karpackiego*, in: Włodzimerz Bonusiak, (Hrsg.), *Polska - Niemcy - Ukraina w Europie*, Rzeszów 1996, S. 247-255.

²⁸ Vgl. Wolfgang Schlott, *Die anderen im "Dialog" mit uns. Zur Funktion der ethnischen und nationalen Minderheitenkulturen in Polen nach 1989*, in: *Osteuropa*, 1996, Nr. 9, S. 900-914, hier S. 904.

²⁹ *Vsesojuznaja perepis' naselenija 1989 goda*, in: *Vestnik statistiki* (Moskau), 1990, Nr. 10, S. 76-77.

zungen liegt die Zahl der Polen in der Ukraine heute bei etwa 285.000³⁰. Allerdings steht die Frage der polnischen Minderheit in der Ukraine im Unterschied zu der in Litauen oder zu anderen Minderheiten (z. B. der ungarischen oder der rumänischen) nicht im Vordergrund der bilateralen Beziehungen, weil die Polen in der Ukraine dispers leben und keine Forderungen nach kultureller Autonomie stellen. In Polen leben nach Schätzungen gegenwärtig zwischen 180.000 und 500.000 Ukrainer.³¹

Ukrainische Politiker waren sich stets der außerordentlichen Bedeutung des Verhältnisses zu Polen bewußt. Bereits sehr früh räumten sie den Beziehungen zu Polen unbedingte Priorität ein. Die ersten Kontakte kamen 1989-1990 auf der informellen Ebene zustande: Die ukrainische national-demokratische Oppositionsbewegung "Ruch" orientierte sich in den 80er Jahren im wesentlichen auf das Vorbild der polnischen Solidarność; die polnischen Demokraten mit Adam Michnik an der Spitze knüpften Kontakte zur "Ruch" an und unterstützten sie³²; polnische Parlamentarier der neuen Welle trafen sich mit den Vertretern der demokratischen Opposition im Obersten Sowjet der Ukrainischen Sowjetrepublik usw.

Die ersten offiziellen diplomatischen Initiativen bereiteten ukrainischen Politikern jedoch eher eine Enttäuschung. Nach der Souveränitätserklärung im Juli 1990 erwarteten sie, daß Polen als erstes Land das Bestreben der Ukraine nach Selbstbestimmung und Eigenständigkeit auch in der Außenpolitik unterstützen und ihm entgegenkommen würde. Die damalige polnische Regierung Mazowiecki wollte aber anscheinend nicht die zentrale Macht in Moskau irritieren, was zu einer spürbaren Abkühlung des anfänglichen propolnischen Enthusiasmus in der Ukraine führte.³³ Erst nachdem der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski bei dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow die Rückversicherung für Verhandlungen mit den Teilrepubliken eingeholt hatte, unterzeichnete er im Oktober 1990 zusammen mit seinem ukrainischen Kollegen Slenko eine Erklärung über die Prinzipien und grundsätzlichen Entwicklungslinien der polnisch-ukrainischen Beziehungen.³⁴ Die Erklärung verwies auf die ethnische und kulturelle Verwandtschaft beider Völker. Sie wurde als ein Abkommen zwischen zwei souveränen Staaten betrachtet, es hieß, die Ukraine und Polen hätten das unveräußerliche Recht, ihre politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung selbst zu

³⁰ Kurt Hartmann, Polens Ostpolitik und die Ukraine, in: Osteuropa, 1995, Nr. 10, S. 946-962, hier S. 949.

³¹ Kazimierz Pudło, Polityka państwa polskiego wobec ludności ukraińskiej, in: Ukrajina - Pol'sčca: historyčna spadščyna: suspil'na svidomist'. Pol'sko-ukrajins'ki studii, Bd. 1, Kyiv 1993, S. 255-262, hier S. 256.

³² Die Idee der polnisch-ukrainischen Versöhnung wurde von den damaligen polnischen Dissidenten bereits in den 70er und 80er Jahren initiiert. 1979 wurde die "Ukrainisch-polnische Deklaration" von den Vertretern polnischer und ukrainischer politischer Exilgruppen unterzeichnet, die ihren Willen bekundeten, für die freien und souveränen Polen und Ukrainer einzutreten. Leonid Zaszkliniak, Stosunki polsko-ukraińskie w XX wieku: analiza i interpretacja, in: Włodzimerz Bonusiak, a.a.O. S. 201. Die renommierteste polnische Exilzeitschrift "Kultura" wurde zu einem der bedeutendsten Diskussionsforen zu den Problemen des polnisch-russisch-ukrainischen Verständnisses. Eine große Rolle in diesem Prozeß spielte das 1983 unter dem Pseudonym Kazimierz Podlaski veröffentlichte Buch von Bohdan Skaradziński "Białorusini - Litwini - Ukraińcy: Nasi wrogowie - czy bracia?" [Belorussen - Litauer - Ukrainer: Unsere Feinde oder Brüder?].

³³ Neue Zürcher Zeitung, 26.10.1990.

³⁴ Die Erklärung wurde in der polnischen Tageszeitung "Rzeczpospolita" (Warschau), 13.10.1990, veröffentlicht.

bestimmen. Beide Seiten garantierten einander die Unverletzbarkeit der bestehenden Grenzen und verpflichteten sich gegenseitig, die Rechte der polnischen Minderheit in der Ukraine und der ukrainischen in Polen zu respektieren und durch entsprechende Gesetze zu gewährleisten.

Von großer symbolischer und praktischer Bedeutung war aus ukrainischer Sicht die rasche Reaktion der polnischen Regierung auf den Ausgang des Referendums vom 1. Dezember 1991 über die Unabhängigkeit der Ukraine. Bereits am darauffolgenden Tag, am 2. Dezember 1991, erkannte Polen als erstes Land der Welt die Ukraine als einen unabhängigen Staat formell an und erklärte die sofortige Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen.³⁵ Im Mai 1992 formulierte Warschau als Grundsatz seiner Außenpolitik, daß Stabilität in Ost- und Ostmitteleuropa ohne die polnisch-ukrainische Versöhnung nicht erreicht werden kann³⁶, und kurz darauf wurde der polnisch-ukrainische Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit unterzeichnet. Der Vertrag beinhaltete eine gemeinsame Grundsatzerklärung über die polnisch-ukrainischen Beziehungen in "historischer Perspektive".³⁷ Beide Seiten verpflichteten sich zum Prinzip der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen, zur Wahrung der Minderheitenrechte, zur Zusammenarbeit in europäischen Strukturen, schlossen die Gewaltanwendung gegeneinander aus. Mit der Unterzeichnung dieses Vertrags wurde die erste Etappe der ukrainisch-polnischen Beziehungen auf neuen Grundlagen abgeschlossen. Der weitere Ausbau dieser Beziehungen sollte sich auf die Lösung konkreter wirtschaftlicher, kultureller, militärischer Probleme konzentrieren.

Bei der Betrachtung der gegenwärtigen polnisch-ukrainischen Beziehungen darf man nicht die Wirkung des Faktors Rußland außer acht lassen. Die Ostpolitik Polens – gegenüber der Ukraine und Belarus – wird mit Rücksicht auf Rußland betrieben: Manche polnische Politiker und Beobachter wollen die Beziehungen zur Ukraine vor allem durch das Prisma des Verhältnisses zu Rußland sehen. Sie befürchten, daß engere Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine Rußland irritieren könnten.³⁸ Bereits in den Jahren 1990/1991 formulierte der damalige polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski eine "zweigleisige" Ostpolitik Polens: Ausbau der Beziehungen zu denjenigen Sowjetrepubliken, die ihre Souveränität und/oder Unabhängigkeit erklärten (den späteren neuen unabhängigen Staaten) und gleichzeitige Pflege eines möglichst guten Verhältnisses zu Rußland. Jedoch erwiesen sich die Möglichkeiten des freien Handelns im Rahmen der "zweigleisigen" Politik in der Wirklichkeit als sehr beschränkt.³⁹ Polnische Politiker waren bestrebt, mit allen Mitteln Situationen zu vermeiden, die Rußland hätten irritieren können. Außerdem befürchtete Polen, daß es durch ein zu nahes Verhältnis zur Ukraine in einen russisch-ukrainischen Konflikt hineingezogen werden könnte.

³⁵ PAP, 2.12.1991.

³⁶ Gazeta Wyborcza, 19.5.1992.

³⁷ So der erste Präsident der Ukraine, Leonid Krawtschuk, in einem Interview, vgl. "Pragniemy ściślejszej współpracy z Polską", in: Kultura (Paris), 1992, Nr. 1/2, S. 15.

³⁸ Vgl. dazu Kurt Hartmann, a.a.O.; Ilya Prizel, Warsaw's Ostpolitik: A New Encounter with Positivism, in: Ilya Prizel und Andrew A. Michta, Hrsg., Polish Foreign Policy Reconsidered. Challenges of Independence, St. Martin's Press, New York 1995, S. 95-128; Jan. B. de Weydenthal, Polish-Ukrainian Rapprochement, in: RFE/RL Research Report, Bd. 1, Nr. 9, 28. Februar 1992, S. 25-27.

³⁹ Vgl. dazu Kurt Hartmann, a.a.O.

Die Befürchtung, daß irgendwelche Verpflichtungen Polens gegenüber der Ukraine und Vereinbarungen mit ihr die Integration Polens in die NATO und die EU gefährden könnten, bekräftigte die zurückhaltende Ukraine-Politik der polnischen Führung. Dennoch schienen Polen und die Ukraine zu erkennen, daß sie im Falle einer ungünstigen Entwicklung in Rußland gemeinsamen Gefahren ausgesetzt würden, der potentiellen Bedrohung eines neuen postsowjetischen Kräfteverhältnisses, welches die volle Verwirklichung ihrer Unabhängigkeit gleichermaßen einschränken könnte.⁴⁰ In diesem Sinne sind Polen und die Ukraine aufeinander angewiesen. Die unabhängige Ukraine ist auch ein Garant eines freien und unabhängigen Polen.

Vor dem Hintergrund der sehr guten zwischenstaatlichen Beziehungen schwelen die Konflikte zwischen der polnischen und ukrainischen Bevölkerung auf lokaler Ebene weiter. In der letzten Zeit werden sie insbesondere durch einen noch immer nicht beigelegten Kirchenstreit zwischen den polnischen Katholiken und den ukrainischen Unitariern im südostpolnischen Przemysł provoziert. Dennoch: Wenn auch gewisse Reibungen oder unerfüllte Erwartungen der ukrainischen Seite auftreten, schätzen sowohl Politiker als auch Analytiker den gegenwärtigen Stand und die Perspektiven der polnisch-ukrainischen Beziehungen mindestens auf der Ebene der politischen Eliten beider Länder sehr hoch ein. Auch der Machtwechsel an der Spitze beider Staaten hat sich in dieser Sicht nicht negativ ausgewirkt. Eher ist das Gegenteil der Fall. Viele ukrainische Analytiker befürchteten, daß die Wahl des postkommunistischen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski zu einer radikalen Umorientierung der polnischen Außenpolitik führen würde.⁴¹ Aber entgegen allen Befürchtungen hat die neue polnische Führung die zuvor eher gleichgültigen Beziehungen Warschaus zu Kyiv erheblich verbessert. Eine gewisse Rolle hat dabei zweifelsohne die negative Entwicklung in Belarus gespielt. Warschau will eine Wiederholung des belarussischen Szenarios in der Ukraine nach Möglichkeit verhindern.⁴² Der Faktor Belarus spielt eine zunehmende Rolle in der polnisch-ukrainischen Annäherung: Die Perspektive der Vereinigung Rußlands mit Belarus berührt die Interessen Polens und der Ukraine gleichermaßen.

Unter Kwaśniewski wurde die Tätigkeit des im Mai 1993 von den Präsidenten Wałęsa und Krawtschuk ins Leben gerufenen präsidialen Konsultativkomitees reaktiviert, das von Sicher-

⁴⁰ Daß der Faktor Rußland jedoch jede Zeit eine gewisse Verstimmung in die ukrainisch-polnischen Beziehungen hineinbringen kann, beweist das im September 1996 zwischen Rußland und Polen unterzeichnete "Jahrhundertabkommen" über den Transit von Erdgas aus Rußland über Belarus und Polen nach Westeuropa. Die neue Transitroute soll eine Alternative der über die Ukraine verlaufenden Gasleitung darstellen, und sie wird die Ukraine in eine schwierige wirtschaftliche und politische Lage bringen.

⁴¹ So z.B. Jevhen Žerebeckyi, Mitglied des Ausschusses für internationale Beziehungen und Beziehungen zu den GUS-Staaten der Verchovna Rada, in: Faks-postup, Nr. 47, 23.11.1995; vgl. auch Oleksandr Syrcov, Ihnat Martiv, Pol'sča maje novoho prezydenta. U Kyjevi čekajut' pohiršennja ukrajins'ko-pol'skych vidnosyn, in: Post postup (L'viv), Nr. 35, 23.-30.11.1995, S. A2.

⁴² Es ist bemerkenswert, daß die Präsidenten Litauens, Polens und der Ukraine, Brazauskas, Kwaśniewski und Kutschma, auf Anregung Polens eine Gemeinsame Erklärung zur Lage in Belarus verabschiedeten, in der sie ihr Bedauern über die Entwicklung in Belarus und ihre Sorge um die Zukunft des Landes zum Ausdruck brachten. Die deutsche Übersetzung der Erklärung vgl. in: BPA, Fernseh-/Hörfunkspiegel, 21.11.1996, S. 14.

heitsberatern der Präsidenten geleitet wird, und im Oktober 1996 wurde die Schaffung einer gemeinsamen Kommission unter der Leitung der Ministerpräsidenten beider Staaten vereinbart.⁴³ Präsident Kwaśniewski erwies sich auch als engagierter Anwalt der ukrainischen Interessen in Europa. Er plädiert dafür, daß die NATO partnerschaftliche Beziehungen zur Ukraine parallel und gleichzeitig mit denen zu Rußland aufnimmt und diese Beziehungen in einer NATO-Ukraine-Charta formalisiert.⁴⁴ Vor dem Besuch seines ukrainischen Kollegen im Juni 1996 in Warschau erklärte der polnische Präsident, die Zukunft Polens sei eng mit der Unabhängigkeit der Ukraine verbunden.⁴⁵ Leonid Kutschma betonte, daß die Standpunkte beider Präsidenten in allen Fragen, auch in Fragen der europäischen Sicherheit, übereinstimmen.⁴⁶

Unter allen ostmitteleuropäischen Staaten ist Polen der wichtigste Handelspartner der Ukraine, es nimmt jetzt den vierten Platz – nach Rußland, Deutschland und Belarus – im gesamten Außenhandel der Ukraine ein.⁴⁷ Nach Angaben des Ministeriums für Außenwirtschaftliche Zusammenarbeit und Außenhandel der Ukraine stieg das Handelsvolumen zwischen der Ukraine und Polen von 358 Mio. US-Dollar im Jahre 1994 auf 714,5 Mio. US-Dollar im Jahre 1995.⁴⁸ In der ersten Jahreshälfte 1996 betrug der Zuwachs 52 Prozent gegenüber der gleichen Periode im Vorjahr.⁴⁹ Besonders stark – vierfach oder auf 230 Mio. US-Dollar – ist 1995 der Import von polnischer Kohle gestiegen, was dazu führte, daß Polen eine positive Handelsbilanz gegenüber der Ukraine von über 200 Mio. US-Dollar hatte.⁵⁰ In der Ukraine sind 446 Unternehmen mit Beteiligung des polnischen Kapitals (joint-ventures) registriert. Insgesamt haben polnische Unternehmer 23,7 Mio. US-Dollar in der Ukraine investiert.⁵¹ Gleichwohl bleiben die Wirtschaftsbeziehungen noch immer sehr begrenzt, vor allem wegen der wachsenden Kluft zwischen der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung beider Staaten. Es fehlt auch das neue Instrumentarium, eine neue Infrastruktur für die Abwicklung wirtschaftlicher Tätigkeit auf marktwirtschaftlicher Basis. Beispielsweise ist die schon 1993 geplante Einrichtung einer gemeinsamen Bank noch immer nicht zustandegekommen.

Eine wichtige Dimension der polnisch-ukrainischen Zusammenarbeit bildet dagegen die an Substanz zunehmende Kooperation im militärischen Bereich. Im Dezember 1992 unterzeichneten Polen und die Ukraine ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit. Es betraf im wesentlichen solche Fragen wie die Kontaktaufnahme und den Erfahrungsaustausch zwischen den Streitkräften, auf dem Gebiet der Logistik, in streitkräftespezifischen sozialen, recht-

⁴³ Interfax, 10.10.1996, zit. nach: BPA, Fernseh-/Hörfunkspiegel, 11.10.1996, S. 10.

⁴⁴ So z.B. Präsident Aleksander Kwaśniewski am 24. Oktober 1996 in London in einem Vortrag im The Royal Institute for International Affairs, Ośrodek Studiów Wschodnich, Wiadomości, Nr. 204, 25.10.1996, S. 1.

⁴⁵ Neue Zürcher Zeitung, 27.06.1996.

⁴⁶ Zerkalo nedeli (Kyiv), Nr. 23, 8.-14.6.1996, S. 1.

⁴⁷ Kievskie vedomosti, 26.6.1996.

⁴⁸ Faks-postup, Bd. II, Nr. 38, 18.9.1996.

⁴⁹ Urjadovyj kur'jer, 19.10.1996; für das ganze Jahr 1996 wird eine Verdoppelung des Handelsumsatzes gegenüber dem Vorjahr erwartet.

⁵⁰ Kievskie vedomosti, 26.6.1996.

⁵¹ Faks-postup, Bd. II, Nr. 38, 18.9.1996.

lichen und kulturellen Angelegenheiten, gemeinsame Ausbildungsprogramme, Rüstungskoperation sowie vertrauensbildende Maßnahmen wie Übungsbeobachtungen und die Zusammenarbeit im Rahmen von UN-Einsätzen. Inzwischen entwickeln sich die polnisch-ukrainischen Beziehungen im militärischen Bereich sehr dynamisch. Der polnische Generalstabschef Tadeusz Wilecki bezeichnete die militärische Zusammenarbeit seines Landes mit der Ukraine als eine der erfolgreichsten unter allen Nachbarn Polens.⁵² Äußerst wichtig in dieser Hinsicht ist die im Februar 1996 erfolgte Schaffung eines gemeinsamen, 600 Mann starken polnisch-ukrainischen Bataillons für UN-Friedenseinsätze.⁵³ Im April 1996 fanden erste gemeinsame Übungen statt, im Oktober 1996 nahm das polnisch-ukrainische Bataillon an den Übungen der polnischen Streitkräfte teil. Im Oktober 1996 vereinbarten die Innenminister Polens und der Ukraine die Schaffung gemeinsamer Polizeieinheiten zur Bekämpfung internationaler Banden, insbesondere derjenigen, die sich auf den Schmuggel von illegalen Einwanderern spezialisieren.⁵⁴

Die Bedeutung des Verhältnisses zu Polen geht aus ukrainischer Sicht weit über die rein bilateralen Beziehungen hinaus und hat für die Ukraine eine strategische Dimension. Polen stellt für die Ukraine einen direkten Weg – sowohl im buchstäblichen wie im übertragenen Sinne – nach Europa dar. Seit der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrags mit Polen bewertet die Ukraine das ukrainisch-polnische Verhältnis als strategische Partnerschaft. Anfang Juni 1996 wurde ein Memorandum über die strategische Partnerschaft zwischen Polen und der Ukraine von einer Reihe prominenter polnischer und ukrainischer Politiker unterzeichnet, u.a. auch von den früheren Präsidenten Lech Wałęsa und Leonid Krawtschuk. Während des Staatsbesuchs Leonid Kutschmas bei seinem polnischen Amtskollegen Aleksander Kwaśniewski im Juni 1996 bestätigten beide Präsidenten in der Gemeinsamen Erklärung ihr Streben nach der Entwicklung einer strategischen Partnerschaft zwischen Polen und der Ukraine: Die Errichtung eines wirksamen Sicherheitssystems in Europa hänge von der praktischen Verwirklichung der Idee ukrainisch-polnischer Partnerschaft ab, hieß es in der Erklärung.⁵⁵

2.2 Die Ukraine und Ungarn

Wenn eine Ukraine-Politik Polens anfangs nur sehr zögerlich Konturen gewann, so hat Ungarn in gewissem Sinne eine historische Rolle bei der Einführung der Ukraine in die internationale Politik gespielt. Zum Ausbruch aus dem internationalen Nichtsein kam es mit dem offiziellen Kiyv-Besuch des ungarischen Staatspräsidenten Arpad Göncz im September 1990. Es war der erste Besuch eines Staatsoberhauptes nach der Souveränitätserklärung der Ukraine. In dem von Göncz und dem damaligen Vorsitzenden des Obersten Sowjet der Ukrainischen

⁵² Ośrodek Studiów Wschodnich, *Wiadomości*, Nr. 174, 13.9.1996, S. 6.

⁵³ Bezeichnenderweise ist Englisch die offizielle Sprache des Bataillons, vgl. OMRI Daily Digest, Nr. 43, Teil II, 29.2.1996.

⁵⁴ OMRI Daily Digest, Nr. 195, Teil II, 8.10.1996.

⁵⁵ Spilna deklaracija Prezydenta Ukrajiny i Prezydenta Republiki Pol'sa, Art. 1, in: *Urjadovyj kur'jer*, 29.6.1996; *Wspolna Deklaracja Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej i Prezydenta Ukrainy*, in: Ośrodek Studiów Wschodnich, *Biuletyn Ukraiński*, Nr. 3, Mai-Juni 1996, S. 17-19.

Sowjetrepublik, Leonid Krawtschuk, unterzeichneten Schlußkommunique wurden der Wille der Ukraine, sich an allen bestehenden europäischen Strukturen und Institutionen zu beteiligen, sowie die Bereitschaft Ungarns, dabei Beistand zu leisten, festgelegt.⁵⁶

Einer der zwingenden Gründe für die schnelle Reaktion Ungarns auf die Souveränitätserklärung der Ukraine war das Streben, die Rechte der ungarischen Minderheit in der Karpato-Ukraine (vor 1919 gehörte das Gebiet zu Ungarn) zu sichern. Nach den offiziellen Ergebnissen der Volkszählung von 1989 betrug die Zahl der Ungarn in der Ukraine 163.111.⁵⁷ Der ungarische Botschafter in Kyiv, Lorand Tót, schätzt die Zahl der ungarischen Bevölkerung in der Karpato-Ukraine auf 200.000.⁵⁸ Während des Besuchs Krawtschuks in Ungarn im Mai 1991 wurde u.a. ein Abkommen über die Grundsätze der Beachtung von Minderheitenrechten unterzeichnet. Damit wurde die Ukraine zum ersten unter den Nachbarstaaten Ungarns, mit dem ein derartiges Abkommen abgeschlossen wurde. Beide Seiten verpflichteten sich, individuelle und kollektive – was ein Novum war – Rechte der nationalen Minderheiten zu garantieren. Die ukrainisch-ungarische Vereinbarung über die Minderheitenrechte wurde als ein Modell für die künftige ostmitteleuropäische Minderheitencharta betrachtet, welcher sich auch andere Staaten der Region anschließen könnten.⁵⁹ Der in der Karpato-Ukraine kompakt lebenden ungarischen Minderheit wurde im Dezember 1991 die kulturelle Autonomie gewährt.

Ungarn war nach dem Referendum vom 1. Dezember 1991 einer der ersten Staaten – neben Polen und Kanada –, welche die Ukraine als unabhängigen Staat anerkannten und mit ihr diplomatische Beziehungen aufnahmen. Anfang Dezember 1991 reiste der damalige ungarische Ministerpräsident József Antall nach Moskau und Kyiv. Am 6. Dezember 1991 unterzeichneten Antall und der neu gewählte Präsident der Ukraine, Leonid Krawtschuk, den Vertrag über die Grundprinzipien der guten Nachbarschaft und der Zusammenarbeit.⁶⁰ Es war der erste Grundsatzvertrag, welchen die Ukraine mit einem ihrer Nachbarn unterzeichnete. Einen interessanten Aspekt der ukrainisch-ungarischen Kooperation stellten die Pläne zur Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet dar. Im März 1992 wurde in Budapest ein bilaterales Abkommen über die militärische Zusammenarbeit von den Verteidigungsministern beider Länder unterzeichnet. Dieses Abkommen sieht die Aufnahme militär-diplomatischer Beziehungen, die Zusammenarbeit zwischen den Verteidigungsministerien und den Streitkräften der Ukraine und Ungarns sowie die gegenseitige Abstimmung von strategischen Aspekten der Militärpolitik vor.⁶¹

⁵⁶ Natalie Melnyczuk, Ukraine Develops an Independent Foreign Policy, in: Report on the USSR, Bd. 3, Nr. 43, 25. Oktober 1991, S. 22; Neue Zürcher Zeitung, 26.10.1990.

⁵⁷ Vsesojuznaja perepis' naselenija 1989 goda, in: Vestnik statistiki, 1990, Nr. 10, S. 76-77.

⁵⁸ Vgl. Kievskie vedomosti, 20.8.1996.

⁵⁹ Vgl. Alfred A. Reisch, Agreements Signed with Ukraine to Upgrade Bilateral Relations, in: Report on Eastern Europe, Bd. 2, Nr. 25, 21. Juni 1991, S. 15.

⁶⁰ Ukrinform-TASS, 6.12.1991.

⁶¹ Radio Kiew, 3.3.1992; ITAR-TASS, 3.3.1992.

Die Beziehungen der Ukraine zu Ungarn entwickeln sich am unproblematischsten, verglichen mit denen zu den anderen Nachbarn. Die Ukraine schätzt die Rolle Ungarns im ostmitteleuropäischen Transformationsprozeß sehr hoch ein, und Ungarn hat seinerzeit großes Verständnis und Entgegenkommen für das ukrainische Bestreben nach Unabhängigkeit gezeigt. Der frühere ungarische Ministerpräsident József Antall nannte in einem Zeitungsinterview die Ukraine als einen der drei Staaten – neben Kroatien und der Türkei –, denen für die Entwicklung und Stabilität in Ostmittel- und Südosteuropa entscheidende Bedeutung zukommt. Die Ukraine sei eine "europäische Mittelmacht" und ein äußerst wichtiger Bestandteil der "zwischeneuropäischen" Region.⁶² Einige ukrainische und ungarische Politiker sind sogar geneigt, die bilateralen Beziehungen als "strategische Partnerschaft" zu bewerten.⁶³ Der Sachverhalt, daß beide Partner es bisher verstanden, auf potentielle Konfliktfragen mit Rücksicht einzugehen, spielt dabei eine wesentliche Rolle: Die ungarische Minderheit ist in der Ukraine in einer viel besseren Lage als in jedem anderen osteuropäischen Staat, Ungarn verzichtete seinerseits auf jegliche Gebietsforderungen gegenüber der Ukraine. Die Tatsache, daß während des jüngsten Besuchs des ungarischen Staatspräsidenten Arpad Göncz im November 1996 in Kyiv keine nennenswerten Abkommen unterzeichnet wurden, spricht einerseits dafür, daß es keine ernsthaften Probleme in den bilateralen Beziehungen gibt; andererseits verweist jedoch darauf, daß sich das ukrainisch-ungarische Verhältnis in einer Phase der Stagnation befindet.

Im Handel Ungarns mit der ehemaligen Sowjetunion machte der Anteil der Ukraine ungefähr 30 Prozent aus. Das Volumen des ungarisch-ukrainischen Handels erreichte 1991 nach Schätzungen 800 Mio. US-Dollar.⁶⁴ Nach 1991 schrumpfte der Handel zwischen den beiden Staaten erheblich und erreichte lediglich ungefähr ein Viertel des früheren Volumens. Er erholte sich erst 1995, als sich das Handelsvolumen gegenüber dem Vorjahr verdoppelte und auf 412,7 Mio. US-Dollar wuchs.⁶⁵ Ungarische Investitionen in der Ukraine erreichten 23,2 Mio. US-Dollar, und es gibt 178 joint-ventures mit ungarischer Beteiligung.⁶⁶ Die ukrainisch-ungarische Kommission zur wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und Handelszusammenarbeit bereitet jetzt ein Freihandelsabkommen zwischen den beiden Staaten vor. Das Freihandelsregime wurde zum Hauptziel der bilateralen Zusammenarbeit erklärt.⁶⁷ Dies ist für die Ukraine von grundsätzlicher Bedeutung, bildet es doch eine der Bedingungen für die Aufnahme des Landes in den Freihandelszweigschluß der ostmitteleuropäischen Staaten, die CEFTA.

⁶² Die Welt, 16.8.1993.

⁶³ Vgl. z.B. Mykola Horvat, *Ukraina - stratehičnyj partner*, in: *Holos Ukrajinny*, 1.10.1994, sowie das Interview des ungarischen Verteidigungsministers György Keleti mit der Zeitung "Nezavisimost" (Kyiv), 15.10.1996.

⁶⁴ Alfred A. Reisch, *Transcarpathia and Its Neighbors*, in: *RFE/RL Research Report*, Bd. 1, Nr. 7, 14.2.1992, S. 44.

⁶⁵ Faks-postup, Bd. II, Nr. 24, 12.6.1996; *Urjadovyj kur'jer*, 15.6.1996.

⁶⁶ Faks-postup, Bd. II, Nr. 38, 18.9.1996.

⁶⁷ Ebenda.

2.3 Das distanzierte ukrainisch-tschechische Verhältnis

Obwohl auch die ehemalige Tschechoslowakei die Funktion einer "Brücke nach Europa" für die ehemaligen Sowjetrepubliken hätte übernehmen können, gestalteten sich die Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der Ukraine nicht in dem Tempo und in dem Maße, welche aus ukrainischer Sicht wünschenswert gewesen wären. Solange die Sowjetunion existierte, war aus Rücksicht auf Moskau eine gewisse Zurückhaltung der Tschechoslowakei gegenüber den damaligen Sowjetrepubliken zu spüren. Gewisse Vorbehalte waren jedoch auch nach 1991 auf beiden Seiten zu verzeichnen. Ein großes Problem für die Ukraine stellten Versuche mancher nationalistischer Gruppierungen in der Tschechoslowakei dar, die Diskussion um den Status der Karpato-Ukraine (nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Gebiet der Tschechoslowakei übergeben, zu der es bis 1945 gehörte) neu zu beleben und auf die Tagesordnung der tschechoslowakischen Politik zu setzen. Die tschechoslowakische Führung hat sich von jeglichen Gebietsforderungen gegenüber der Ukraine zwar entschieden distanziert, dennoch tauchte das Problem immer wieder auf. Die Tschechoslowakei hatte anfänglich großes Interesse an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Ukraine. Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde die Ukraine zum zweitgrößten – nach Deutschland – Nachbarn des Landes. Alle Kommunikationswege (für Verkehr, Energie usw.) aus Rußland in die Tschechoslowakei führten über die Ukraine. Der damalige tschechische Ministerpräsident Petr Pithart äußerte sogar die Vermutung, daß die Ukraine sich als ein wichtigerer wirtschaftlicher Partner für die Tschechoslowakei erweisen könnte als Rußland.⁶⁸ Nicht zufällig wurden die ersten Abkommen zwischen der Ukraine und der Tschechoslowakei auf wirtschaftlichem Gebiet erzielt. Nach der Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine durch die Tschechoslowakei wurden Vorbereitungen zur Unterzeichnung eines Vertrags über gutnachbarschaftliche Beziehungen eingeleitet. Der Zerfall der Tschechoslowakei hat diese Vorbereitungen wesentlich verzögert.

Nach dem Zerfall der Tschechoslowakei waren die Beziehungen zwischen der Ukraine und der Tschechischen Republik nicht mehr durch Territorialfragen getrübt. Beide Staaten haben keine gemeinsame Grenze und können folglich keine Territorialansprüche erheben. Das Fehlen akuter Probleme in den bilateralen Beziehungen ist einerseits eine erfreuliche Tatsache, andererseits jedoch gab es auf beiden Seiten auch wenig Stimuli zur Aktivierung dieser Beziehungen. So entwickelte sich beispielsweise der Besucher-Austausch auf hoher Ebene zwischen Kyiv und Prag als Anzeichen aktiver diplomatischer Beziehungen eher zaghafte. Erst im März 1994 fuhr der ukrainische Außenminister nach Prag. Der Besuch Präsident Kutschmas fand nach mehreren Verschiebungen erst im April 1995 statt. Die wenigen Treffen tschechischer und ukrainischer hochrangiger Politiker endeten üblicherweise mit eher nichtverbindlichen Absichtserklärungen der Bereitschaft zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Erst im April 1995 unterzeichneten der tschechische Präsident Vaclav Havel und der ukrainische Präsident Leonid Kutschma den Vertrag über freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit.⁶⁹ Im April 1995 wurde auch das erste tschechisch-ukrainische Abkommen über militäri-

⁶⁸ Weekly Record of Events, in: RFE/RL Research Report, Bd. 1, Nr. 3, 17.1.1992, S. 63.

⁶⁹ Dohovir pro družni vidnosyny i spivrobotnyctvo miž Ukrajinuju ta Čes'koju Respublikuju, in: Polityka i čas, 1995, Nr. 6, S. 74-77.

sche Zusammenarbeit unterzeichnet. Im April 1996 verabredeten der tschechische und der ukrainische Verteidigungsminister, Wilem Holan und Walerij Schmarow, ein weiteres Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen den Verteidigungsressorts beider Staaten. Dennoch blieben die tschechisch-ukrainischen Beziehungen ziemlich distanziert. Einer der Gründe liegt wohl darin, daß Tschechien in seinem Bestreben, so schnell wie möglich in die europäischen Strukturen integriert zu werden, den Beziehungen zu den neuen osteuropäischen Staaten weniger Bedeutung beimißt. Prag möchte die Aussichten der Integration in die europäischen Strukturen durch diese Beziehungen nicht betrüben und durch sie nicht selbst belastet werden.⁷⁰

Im wirtschaftlichen Bereich wurden im März 1994 einige wichtige Abkommen zwischen den Regierungen beider Staaten unterzeichnet: das Abkommen über die Handelsbeziehungen, das Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie das Abkommen über die Unterstützung und den Schutz von Investitionen. In Handelsabkommen verpflichteten sich beide Seiten zum Meistbegünstigungsregime. Außerdem wurde auf dessen Basis die tschechisch-ukrainische Kommission für die wirtschaftliche und Handelszusammenarbeit ins Leben gerufen. Unter allen Handelspartnern der Tschechischen Republik befindet sich die Ukraine lediglich an 17. Stelle.⁷¹ 1995 erreichte das Handelsvolumen zwischen der Tschechischen Republik und der Ukraine 403,8 Mio. US-Dollar⁷², was ein Zuwachs von 66,5 Prozent gegenüber 1994 (242,5 Mio. US-Dollar) bedeuten würde. Anderen Angaben zufolge betrug das Handelsvolumen im Jahre 1995 jedoch lediglich 264 Mio. US-Dollar und im Jahre 1994 174 Mio. US-Dollar.⁷³ Tschechische Investitionen machen nur 9,5 Mio. US-Dollar aus, und es wurden 116 joint-ventures mit Beteiligung tschechischer Unternehmen gegründet.⁷⁴

2.4 Die Ukraine und die Slowakei

Mit dem Zerfall der Tschechoslowakei erbte die Slowakei die territoriale und die Minderheitenfrage. Besonders in der Minderheitenfrage besteht eine gewisse Dissonanz zwischen den beiden Staaten. Dies betrifft vor allem die ukrainische Minderheit in der Slowakei (die ungefähr 8.000 in der Ukraine lebenden Slowaken stellen eine relativ kleine Minderheit dar). Die Angaben über die ukrainische Minderheit in der Slowakei schwanken erheblich. Die offizielle Statistik gab für 1991 die Zahl der Ukrainer (Russinen) mit 17.000 an. In der letzten Ausgabe der tschechoslowakischen Statistik (1991) soll die Zahl von 49.000 für die Slowakei genannt worden sein. Manche Autoren schätzen die Gesamtzahl der Ukrainer (Russinen) in der Slo-

⁷⁰ Diese Tatsache ist um so mehr bedauerlich, als die tschechoslowakische Regierung die ukrainischen Exilorganisationen in den 20er und 30er Jahren aktiv unterstützte, u.a. auch finanziell. In der Zwischenkriegszeit wurde Prag - neben Charkiv, Kyiv, L'viv - zu einem bedeutenden ukrainischen kulturellen, wissenschaftlichen und sogar politischen Zentrum. In der Tschechoslowakei existierten damals u.a. die Ukrainische Freie Universität, die Ukrainische Wirtschaftsakademie, die Ukrainische Pädagogische Hochschule, die Ukrainische Verlagsstiftung.

⁷¹ Holos Ukrajiny, 19.12.1996.

⁷² Yuraj Melioris, Algoritm rozvytku vzajemovygidnogo spivrobotnyctva, in: Polityka i čas, 1996, Nr. 6, S. 33.

⁷³ Faks-postup, Bd. II, Nr. 38, 18.9.1996.

⁷⁴ Faks-postup, Bd. II, Nr. 38, 18.9.1996.

wakei jedoch auf 130.000.⁷⁵ Die ukrainische Regierung ist nicht damit einverstanden, daß die Slowakei die Russinen (Ruthenen) als eine selbständige nationale Minderheit anerkennt. In einer entsprechenden Stellungnahme des Außenministeriums der Ukraine heißt es, es gebe nicht wenige Beweise, daß die künstliche Entgegenstellung von Ukrainern und Russinen in der Praxis auf Unterspülung der Einheit der ukrainischen Bevölkerung gezielt sei.⁷⁶ Für die ukrainische Führung hat dieses Problem prinzipiellen Charakter, weil sie mit einem ruthenischen Separatismus in der Karpato-Ukraine konfrontiert wird. Die Anerkennung der Ruthenen als eine selbständige nationale Minderheit außerhalb der Grenzen der Ukraine liefert diesem Separatismus neue Argumente.

Abgesehen von Mißstimmungen in der Minderheitenfrage gestalten sich die slowakisch-ukrainischen Beziehungen überraschenderweise dynamisch und ziemlich problemlos. Die Ukraine war der erste Staat, welcher die Slowakische Republik anerkannte. Es gab von Anfang an Anzeichen für engere Kontakte zwischen der Slowakei und der Ukraine.⁷⁷ Im Juni 1993 wurde der Grundsatzvertrag über gute Nachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der Slowakei unterzeichnet.⁷⁸ Besonders wichtig war aus ukrainischer Sicht die Vertragsklausel, daß beide Seiten gegenseitig keine Territorialansprüche haben, womit vor allem die Slowakei offiziell auf mögliche Ansprüche auf die Gebiete in der Karpato-Ukraine verzichtete.

Besonders ein Problem haben beide Staaten gemeinsam: Sie haben einen erheblichen Teil der militärischen Industrie des jeweiligen ehemaligen Bundesstaates (der Sowjetunion bzw. der Tschechoslowakei) geerbt. Jetzt bemühen sich die Ukraine und die Slowakei, die Überreste ihrer militärischen Betriebe vor dem totalen Zusammenbruch zu retten. Im April 1996 unterzeichneten die Verteidigungsminister der Slowakei und der Ukraine ein Protokoll über die bilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der militärischen Industrie. Geplant sind die gemeinsame Entwicklung von einigen Typen der militärischen Ausrüstung sowie die gegenseitige Unterbringung von Aufträgen bei den militärischen Betrieben des anderen Staates.⁷⁹

Die Handelsbeziehungen zwischen der Ukraine und der Slowakei leiden unter den üblichen strukturellen Problemen, die auch im Handel der Ukraine mit den anderen ostmitteleuropäischen Staaten hervortreten. Die ukrainische Führung ist mit dem gegenwärtigen Stand der Handelsbeziehungen äußerst unzufrieden. 1995 betrug das Handelsvolumen zwischen der Ukraine und der Slowakei 318 Mio. US-Dollar gegenüber 258 Mio. US-Dollar im Vorjahr. Slowakische Unternehmer haben 13,8 Mio. US-Dollar in 116 joint-ventures investiert.⁸⁰ In

⁷⁵ Vgl. Paul R. Magosci, Die Russinen: Ihr gegenwärtiger Status und Ihre Zukunftsperspektiven, in: Osteuropa, 1993, Nr. 9, S. 809-824, hier S. 809.

⁷⁶ Holos Ukrajiny, 6.3.1996.

⁷⁷ Vgl. z.B. Vladimir Beskromnyj, Slovakiju tože volnuet trojstvennyj sojuz, in: Moskovskie novosti (Moskau), Nr. 51, 22.12.1991, S. 13.

⁷⁸ Dohovir pro dobrosusidstvo, družni vidnosyny i spivrobotnictvo miž Ukrajinoju ta Slovac'koju Respublikoju, in: Polityka i čas, 1993, Nr. 8, S. 88-92.

⁷⁹ Jamestown Monitor. A Daily Briefing on the Post-Soviet States, 5.4.1996.

⁸⁰ Faks-postup, Bd. II, Nr. 38, 18.9.1996.

den ersten acht Monaten 1996 erreichte das Handelsvolumen 250 Mio. US-Dollar, wobei die Slowakei einen Handelsüberschuß gegenüber der Ukraine hat.⁸¹ Dazu kommt, daß der ukrainische Export in die Slowakei sehr einseitig ist: 62 Prozent der gesamten ukrainischen Ausfuhr in die Slowakei fallen auf Eisenerz für den Metallurgiebetrieb in Kosice.⁸²

2.5 Das schwierige ukrainisch-rumänische Verhältnis

Strenggenommen gehört Rumänien nicht zur ostmitteleuropäischen Region. Aber viele spezifische Probleme der ukrainischen Außen- und Sicherheitspolitik werden am Beispiel des ukrainisch-rumänischen Verhältnisses besonders deutlich. Von allen Nachbarn der Ukraine ist Rumänien neben Rußland der problematischste.⁸³ Rumänien ist der einzige Nachbarstaat außerhalb der GUS, mit dem die Ukraine noch keinen Grundsatzvertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft unterzeichnen konnte. Das bilaterale Verhältnis ist von mehreren Problemen belastet, zu denen vor allem die territorialen Streitigkeiten und die Frage der Minderheiten zählen.

Nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1989 leben in der Ukraine 134.825 Rumänen (diese Zahl würde jedoch auf ungefähr 460.000 steigen, wenn man die Moldauer dazu rechnet).⁸⁴ Nach offiziellen rumänischen Angaben (Volkszählung von 1992) sind die Ukrainer mit rund 67.000 die viertstärkste - nach den Ungarn, Roma und Deutschen - Minderheit in Rumänien. Die Vertreter der ukrainischen Minderheit in Rumänien sind jedoch der Ansicht, daß die Gesamtzahl bei 200.000 liegt.⁸⁵ Sie begründen ihre Einschätzungen u.a. damit, daß die Mitglieder der ukrainisch-orthodoxen Kirche in nur zwei Eparchien 42.000 zählen. Die erheblichen Zahlendifferenzen entstünden teilweise daraus, daß die Ukrainer in Rumänien früher unter verschiedenen Namen als "Russen", "Kleinrussen", "Russinen (Ruthenen)" geführt worden seien. Viele Beobachter stimmen der Meinung bei, daß die Rechtsstellung der rumänischen Minderheit in der Ukraine viel besser sei als die der ukrainischen Minderheit in Rumänien. Wo die Rumänen kompakt leben, gibt es Schulen mit Rumänisch als Unterrichtssprache, Zeitungen, Radio- und Fernsehsendungen in rumänischer Sprache.

Das Problem der Grenzziehung zwischen der Ukraine und Rumänien reicht in die Sowjetzeit zurück. Die gesamte rumänisch-ukrainische Landesgrenze beträgt 608 km.⁸⁶ Trotz der in den Jahren 1949 und 1961 geschlossenen sowjetisch-rumänischen Grenzverträge blieben ungeklärte oder strittige Punkte zwischen Rumänien und der Sowjetunion. Von 1967 bis 1991 beschäftigte sich eine sowjetisch-rumänische Kommission mit der Präzisierung der Grenze. Der

⁸¹ Holos Ukrajinu, 9.10.1996.

⁸² Urjadovyj kur'jer, 20.1.1996.

⁸³ Einige ukrainische Politikwissenschaftler haben dem Verfasser gegenüber die Meinung vertreten, daß eigentlich nicht Rußland, sondern Rumänien die größte Bedrohung der Ukraine darstelle.

⁸⁴ Vgl. Vsesojuznaja perepis' naselenija 1989 goda, in: Vestnik statistiki, 1990, Nr. 10, S. 76-77.

⁸⁵ Vgl. das Interview des Generalsekretärs des rumänischen Ukrainer-Verbandes, Kornelij Regus, in: Ukrajin'skyj dim na rumun'skii zemli, in: Holos Ukrajinu, 19.9.1995.

⁸⁶ Vgl. Pres-sluz'ba Prykordonnych vijsk Ukrajinu, Kordon - bez koljučogo drotu, in: Vijs'ko Ukrajinu (Kyiv), 4.2.1993, S. 54.

Vorschlag der Ukraine, die Arbeit dieser Kommission als ukrainisch-rumänische Kommission wiederaufzunehmen, blieb ohne Antwort aus Bukarest.

Noch im Sommer 1995 war die ukrainische Seite optimistisch, daß der Grundsatzvertrag demnächst paraphiert werden könnte. Der Leiter der ukrainischen Delegation bei den Verhandlungen mit Rumänien, Sonderbotschafter Wolodymyr Wasylenko, nahm sogar an, daß Rumänien bald zu einem "strategischen Partner" der Ukraine werde.⁸⁷ Diesem Optimismus widersprach jedoch die Einschätzung des Leiters des ukrainischen militärischen Aufklärungsdienstes, Generalleutnant Oleksandr Skipalskij, der die Ansprüche Rumäniens als "größte Gefahr" bezeichnete.⁸⁸ Welche Bedeutung die ukrainische Seite den Verhandlungen über den Grundsatzvertrag mit Rumänien beimißt, wird aus der folgenden Tatsache ersichtlich: Bei den Verhandlungen im November 1995 in Bukarest wurde die ukrainische Delegation bereits vom ersten stellvertretenden Außenminister Anton Butejko geleitet,⁸⁹ seitdem ist er für die Verhandlungen mit Rumänien zuständig.

Seit Herbst 1995 wurden die Verhandlungen immer schwieriger. Die rumänische Seite weigerte sich, die juristische Kraft der Akten (vor allem eines sowjetisch-rumänischen Geheimprotokolls von 1948) anzuerkennen, welche die Nachkriegsgrenzen festgelegt hatten, und dies in den Vertragstext aufzunehmen. Im März 1994 kündigte Rumänien einseitig den sowjetisch-rumänischen Grenzvertrag von 1961 (im Sommer 1995 wurde wieder vereinbart, sich in Fragen des Grenzregimes doch an die Richtlinien des Vertrags von 1961 zu halten⁹⁰). Die ukrainische Delegation nahm ihrerseits als Antwort darauf vom früheren Versprechen Abstand, das Geheimprotokoll zum Molotow-Ribbentrop-Pakt zu verurteilen. Sie begründete dies damit, daß die Ukraine mit dem deutsch-sowjetischen Pakt nichts zu tun habe.⁹¹ Die Ukraine ist bereit, den deutsch-sowjetischen Pakt nur in dem Falle im Vertragstext zu erwähnen, wenn entweder zugleich auch die Vereinbarung zwischen Hitler und dem rumänischen Diktator Antonescu über die Okkupation eines großen Teils der Ukraine durch Rumänien oder die totalitäre Praxis im allgemeinen verurteilt wird. Bei diesem Stand der Verhandlungen brachte die rumänische Seite im Herbst 1995 die Frage der Schlangeninsel⁹² in die Verhandlungen

⁸⁷ Kievskie vedomosti, 20.7.1995.

⁸⁸ Segodnja (Moskau), 20.7.1995.

⁸⁹ Urjadovyj kur'er, 19.12.1995.

⁹⁰ So der Vorsitzende des Staatskomitees für den Grenzschutz der Ukraine, Generaloberst Viktor Bannych, vgl. Kievskie vedomosti, 18.8.1995.

⁹¹ Post postup, Nr. 39, 13.-19.12.1995, S. A3.

⁹² Die Schlangeninsel (rumänisch Serpilor) ist eine winzige, mit einer Oberfläche von lediglich 1,5 Quadratkilometern, karge Insel, gelegen im Schwarzen Meer 32 km vom Donaudelta entfernt. Seit dem 18. Jahrhundert gehörte die Insel abwechselnd zum Osmanischen Reich und zum Russischen Reich, 1878 bekam Rumänien die Schlangeninsel. 1948 "übergab" Rumänien unter dem Druck Moskaus in einem Geheimprotokoll die Insel der Sowjetunion. Die Schlangeninsel wurde in das Odessaer Gebiet der Ukrainischen Sowjetrepublik eingegliedert. Zu sowjetischen Zeiten war die Insel streng geheim und wurde sogar von allen Landkarten ausradiert: Auf der Schlangeninsel war die Radarüberwachung des gesamten Balkanraumes, Kleinasiens und der Schwarzmeerzone installiert. Vgl. Süddeutsche Zeitung, 2.4.1996. 1991 wandte sich der rumänische Präsident Ion Illiescu an den damaligen sowjetischen Präsident Michail Gorbatschow mit der offiziellen Bitte, die Schlangeninsel Rumänien zurückzugeben.

über den Grundsatzvertrag ein. Bukarest ging davon aus, daß die Schlangeninsel im Friedensvertrag von Paris Rumänien zugesprochen worden war. Kyiv berief sich auf die sowjetisch-rumänischen Verträge von 1948 und 1961, nach denen die Insel zur Sowjetunion gehörte.

Am 4. Dezember 1995 erklärte der damalige rumänische Außenminister Teodor Melescanu vor dem rumänischen Parlament, daß er zweifle, ob die Schlangeninsel *de jure* und *de facto* ein Teil des ukrainischen Territoriums sei. Er kündigte an, sein Land wolle die Zugehörigkeit der Schlangeninsel vor dem Gerichtshof in Den Haag klären lassen, falls die Ukraine sich weigere, die Insel Rumänien zurückzugeben.⁹³ Das ukrainische Außenministerium erwiderte darauf, daß die Ukraine den Versuch Rumäniens, die Frage vor den Internationalen Gerichtshof zu bringen, als Erhebung territorialer Ansprüche betrachten werde.⁹⁴ Ukrainische Politiker wollten auch daran erinnern, daß alle Nuklearmächte – China, Großbritannien, Frankreich, Rußland und die USA – der Ukraine 1994 Garantien der Sicherheit und der territorialen Integrität gegeben haben.⁹⁵ Bei dem Streit ging es allerdings nicht um die winzige Insel selbst, sondern um die Bestimmung des Kontinentalschelfs und der dazu gehörenden Hoheitsrechtszone, weil in den Gewässern um die Schlangeninsel aussichtsreiche Erdöl- und Erdgasvorkommen vermutet werden. Gewisse Parallelen zu den ukrainisch-russischen Verhandlungen über den Freundschaftsvertrag sind nicht zu übersehen. In beiden Fällen versuchen sowohl Rußland als auch Rumänien, ein Junktim zwischen der Unterzeichnung des Grundsatzvertrags und den territorialen Ansprüchen - der Status von Sewastopol in dem einen und die Zugehörigkeit der Schlangeninsel in dem anderen Fall – zu schaffen. Während die ukrainische Seite betonte, daß die Schlangeninsel nie ein Gegenstand der Verhandlungen über den Grundsatzvertrag gewesen sei und auch nicht werden könne, bestand Rumänien auf dem Gegenteil sowie auf der Verurteilung des Molotow-Ribbentrop-Paktes.⁹⁶ Ukrainische Politiker hoffen jetzt, daß nach dem Machtwechsel in Bukarest die Verhandlungen über den Vertrag zu Ende geführt werden können. Dabei beziehen sie sich auf den Präzedenzfall des jüngst unterzeichneten rumänisch-ungarischen Grundsatzvertrags.

Die ungelöste territoriale Frage bremst die Zusammenarbeit in anderen Bereichen. Der im April 1994 auf Regierungsebene gegründete Konsultativrat für wirtschaftliche und Handelszusammenarbeit nahm seine Arbeit erst zwei Jahre später, im März 1996 auf. Im Dezember 1995, als sich der diplomatische Streit mit Rumänien um die Schlangeninsel zugespitzt hatte, instruierte der Rat für Nationale Sicherheit beim Präsidenten der Ukraine die Ministerien des Landes, das "Wenigstbegünstigungsregime" in den außenwirtschaftlichen Beziehungen zu Rumänien anzuwenden.⁹⁷ Auf dem bescheidenen Niveau bleiben auch die ukrainisch-

⁹³ Faks-postup, Nr. 50, 14.12.1995.

⁹⁴ Holos Ukrainy, 8.12.1995.

⁹⁵ So z.B. Außenminister Hennadij Udowenko, vgl. Ośrodek Studiów Wschodnich, Wiadomości, Nr. 238, 7.12.1995, S. 7.

⁹⁶ Vseukrainskie vedomosti (Kyiv), 10.10.1996.

⁹⁷ Post postup, Nr. 39, 13.-19.12.1995, S. A3.

rumänischen Handelsbeziehungen. Nach inoffiziellen Angaben erreichte der Handelsumsatz im Jahre 1995 315 Mio. US-Dollar.⁹⁸

3. Ansätze regionaler Zusammenarbeit

Die Beziehungen der Ukraine zu Polen, Ungarn, zu der Tschechischen Republik und der Slowakei haben noch einen weiteren wichtigen Aspekt: die regionale und subregionale Zusammenarbeit. Das Werben der Ukraine um die Teilnahme an den ostmitteleuropäischen Strukturen weist auf ein spezifisches Merkmal der gegenwärtigen ukrainischen Politik hin: auf den Wunsch der Ukraine, sich an der regionalen Zusammenarbeit in unterschiedlichsten Formen zu beteiligen. Die Ukraine, die sehr empfindlich auf russische Territorialansprüche und die Dominanz Rußlands innerhalb der GUS reagiert, sucht alternative Allianzen. Da nur Rußland ihre Unabhängigkeit ernsthaft bedrohen könnte, und um dieser Bedrohung zu entgehen, bemüht sich die Ukraine um neue Partner und eventuell sogar Verbündete westlich und südlich der GUS-Grenzen.

Die ersten Versuche, an regionalen Zusammenschlüssen teilzunehmen, waren auf die "Visegrader Troika" gerichtet. Die damals noch drei ostmitteleuropäischen Staaten - Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn - bildeten seinerzeit die sogenannte "Visegrader Troika" (nach dem Zerfall der Tschechoslowakei die "Visegrader Vier"). Dabei handelte es sich um einen losen Zusammenschluß, dessen Hauptziel es war, einen Ausweg aus der Situation zu finden, in der es für diese Staaten keine Sicherheitsgarantien mehr gab, sowie einen "europäischen Raum" in Ostmitteleuropa zu schaffen und sich zusammen um die Integration in die europäischen Strukturen, vor allem in die EG und die NATO, zu bemühen. Die Ukraine hat ihr Interesse an der Teilnahme an der "Visegrader Troika" ziemlich früh angekündigt. Michajlo Horyn, der Vize-Vorsitzende der "Ruch"-Bewegung, äußerte bei seinem Besuch in Polen im Dezember 1991 den Wunsch, das "Dreieck" in ein "Quadrat" umzubilden, d.h. die Ukraine in die "Troika" aufzunehmen und somit ihre Präsenz in Europa zu untermauern.⁹⁹ Auch der erste Präsident Leonid Krawtschuk zeigte sich später für diese Idee offen.¹⁰⁰

Die Ukraine scheiterte freilich mit ihren ersten Versuchen, sich den ostmitteleuropäischen Staaten anzuschließen. Die Visegrader Staaten waren nicht bereit, sich der Ukraine zu öffnen, wobei sie folgende Argumente vorbrachten: Die Ukraine befindet sich in einer anderen Etappe postkommunistischer Veränderungen; der Demokratisierungsprozeß und der Übergang zur Marktwirtschaft sind in den Troika-Ländern viel weiter fortgeschritten als in der Ukraine; die Teilnahme der Ukraine wird die Koordination der Politik der Visegrader Staaten gegenüber den europäischen Strukturen (in erster Linie der EG und der NATO) komplizieren. Besonders

⁹⁸ Polityka i čas, 1996, Nr. 5, S. 72.

⁹⁹ Rzeczpospolita, 2.1.1992.

¹⁰⁰ Sztandar mlodych (Warschau), 18.2.1992.

die polnische Führung war gegen die Idee des Beitritts der Ukraine.¹⁰¹ Lediglich Ungarn schien engere Beziehungen der "Troika" mit der Ukraine gutzuheißten.¹⁰²

Die gescheiterte Annäherung an das Visegrader Dreieck zwang die damalige ukrainische Führung, andere Formen regionaler Zusammenarbeit, vor allem im sicherheitspolitischen Bereich, zu suchen. Auf einem KSZE-Treffen im April 1993 trat Präsident Krawtschuk mit der Initiative auf, eine regionale zentraleuropäische Sicherheitsstruktur ("Zone der Sicherheit und Stabilität") zu schaffen. Diese "Sicherheitszone" sollte die Ukraine, Belarus, Moldowa, die baltischen Staaten, die ehemaligen osteuropäischen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes sowie Österreich umfassen.¹⁰³ Aber auch diese Initiative fand nicht nur in den ostmitteleuropäischen Hauptstädten wenig Anklang, wo befürchtet wurde, daß eine derartige regionale Sicherheitsstruktur die Chancen der Integration in die europäischen Organisationen wesentlich vermindern würde. Auch in Washington und in der NATO konnte man sich mit der Initiative Krawtschuks nicht anfreunden, weil sie zu offensichtlich darauf zielte, Rußland zu isolieren. Trotz des Scheiterns der früheren ukrainischen Versuche, einen regionalen Zusammenschluß auf dem Sicherheitsgebiet ins Leben zu rufen, haben derartige Ideen für manche ukrainische Politiker offensichtlich immer noch eine gewisse Anziehungskraft. Angeblich bevorzugt der einflußreiche Sekretär des Rates für nationale Sicherheit und Verteidigung, Wolodymyr Horbulin, die Option einer selbständigen regionalen ostmitteleuropäischen Sicherheitsstruktur unter Beteiligung der Ukraine, wobei die Ukraine als der einflußreichste zentraleuropäische Staat in dieser Struktur eine führende Rolle spielen soll.¹⁰⁴

Viel erfolgreicher waren die Bemühungen der Ukraine um die Einbindung in die Zentraleuropäische Initiative (CEI).¹⁰⁵ Die Zentraleuropäische Initiative setzt sich vor allem zum Ziel, durch praktische Projekte den Transformationsprozeß und die Anbindung an europäische Wirtschaftsstrukturen zu unterstützen, grenzüberschreitende Wirtschaftsstrukturen aufzubauen und den regionalen Wirtschaftsverkehr als Vorstufe der europäischen Integration zu erleichtern. Außerdem nehmen solche Fragen wie demokratische Entwicklung, Minderheitenschutz, Umwelt einen wichtigen Platz in den CEI-Projekten ein. Bereits im März 1992 bekundete die Ukraine ihren Wunsch, der Hexagonale (der Vorläuferorganisation der CEI) beizutreten. Auf dem Treffen der CEI-Regierungschefs im Sommer 1994 in Triest bekam die Ukraine - neben Albanien, Belarus, Bulgarien und Rumänien - den Status eines assoziierten

¹⁰¹ Gazeta Wyborcza, 14.2.1992; Polska zbrojna (Warschau), 26.2.1992.

¹⁰² Alfred A. Reisch, *Transcarpathia...*, a.a.O.(Anm. 65), S. 45.

¹⁰³ Die Krawtschuk-Initiative ähnelte einerseits der Idee einer Schwarzmeer-Baltischen Gemeinschaft der baltischen Staaten, Belarus und der Ukraine, deren Bildung noch vor dem Zerfall der Sowjetunion in Belarus, in der Ukraine und in den baltischen Republiken erwogen wurde (vgl. *Nezavisimaja gazeta* [Moskau], 7.9.1991). Andererseits kam sie den Ideen des polnischen Präsidenten Wałęsa von der EG-II und NATO-II nahe (vgl. Kurt Hartmann, *Polens Ostpolitik...*, a.a.O., S. 959-960).

¹⁰⁴ Vgl. Sergej Usov, *Kuda napravleny strategičeskie interesy Ukrainy*, in: *Nezavisimaja gazeta*, 22.10.1996.

¹⁰⁵ Die Zentraleuropäische Initiative entstand 1992 aus der sogenannten Hexagonale, einem 1989 gegründeten losen Zusammenschluß (die Donau-Adria-Gruppe) ostmittel- und südosteuropäischer Länder - Italiens, des ehemaligen Jugoslawien, Österreichs, Ungarns -, dem sich später die Tschechoslowakei (1990) und Polen (1991) anschlossen. 1992 wurden Bosnien, Kroatien und Slowenien in die Gruppe aufgenommen.

Mitglieds. Am 1. Juni 1996 wurde die Ukraine als Vollmitglied in die Zentraleuropäische Initiative aufgenommen.¹⁰⁶ Neben den wirtschaftlichen Aspekten ist der Beitritt zur CEI auch von großer politischer Bedeutung für die Ukraine. Oben wurde bereits erwähnt, daß der Anschluß der Ukraine an ostmitteleuropäische Strukturen vor allem als Aushöhlung der These von der Zugehörigkeit des Landes zum GUS-Raum bewertet wird.

Die Ukraine strebt jetzt, nach der Aufnahme in die CEI, den Beitritt zur Zentraleuropäischen Freihandelszone (CEFTA)¹⁰⁷ an. Die CEFTA-Mitgliedschaft bildet eines der Hauptziele der ukrainischen Diplomatie.¹⁰⁸ Dies ist einerseits durch den Wunsch der Ukraine zu erklären, sich aktiver an der regionalen Zusammenarbeit in Ostmitteleuropa zu beteiligen, Andererseits wird die CEFTA inzwischen von den ostmitteleuropäischen Staaten als eine Etappe auf dem Weg zur Integration in die EU und andere europäische Strukturen verstanden. Da die Integration in die europäischen Strukturen inzwischen als Hauptpriorität der ukrainischen Politik gilt, ist die angestrebte CEFTA-Mitgliedschaft die logische Folgerung dieser Zielsetzung. Als Vorbereitung zum Beitritt zur CEFTA führt die Ukraine bereits Verhandlungen mit einzelnen CEFTA-Staaten über Freihandelsabkommen. Diese Abkommen wie die Mitgliedschaft in der WTO und der Status eines assoziierten Mitglieds der EU sind Bedingungen für die CEFTA-Mitgliedschaft. Im September 1996 wurde erstmals eine Regierungsdelegation aus der Ukraine eingeladen, als Beobachter am Treffen der Regierungschefs der CEFTA-Mitgliedstaaten in Bratislava teilzunehmen.

Allerdings ist die Zusammenarbeit der Ukraine mit der CEFTA mit vielen Problemen und Fragezeichen behaftet. Die Handelsbeziehungen der Ukraine mit den CEFTA-Mitgliedern sind immer noch unterentwickelt.

Tabelle 3

Handel der Ukraine mit den Staaten Ostmitteleuropas

Handelsumsatz	1994	1995	Erste 7 Monate 1996	Investitionen in Mio. US-\$ Stand: 1.1.96	Zahl der joint-ventures in der Ukraine
Polen	358	714,5*	494	23,67	446

¹⁰⁶ Welche Bedeutung die ukrainische Führung der Teilnahme an der CEI beimißt, beweist die Tatsache, daß Präsident Kutschma eine ressortsübergreifende Kommission zu Fragen der Zusammenarbeit im Rahmen der CEI mit dem stellvertretenden Außenminister an der Spitze geschaffen hat. Vgl. Vseukrainskie vedomosti, 19.9.1996.

¹⁰⁷ Die CEFTA - Central European Free Trade Agreement oder Zentraleuropäische Freihandelszone - wurde 1992 mit dem Ziel gegründet, die Handelsbeziehungen zwischen den Reformländern Ostmitteleuropas neu zu gestalten. Zu dieser Organisation gehören Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn; Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen und Rumänien haben bereits einen Beitrittsantrag gestellt.

¹⁰⁸ So z.B. Anatolij Ponomarenko, Chef der für die Beziehungen zu den Staaten Europas und Amerikas zuständigen Abteilung des ukrainischen Außenministeriums, vgl. V konteksti sučasnych realij, in: Polityka i čas, 1996, Nr. 9, S. 9.

Ungarn	247	413**	250	23,166	178
Slowakei	258	318***	221	13,813	116
Tschechien	174****	264****	200	9,51	116
Slowenien	33	35	23	1,183	6

Quelle: Faks-postup, Bd. II, Nr. 38, 18.9.1996.

* Anderen Angaben zufolge über 1 Mrd. US-Dollar, vgl. Urjadovyj kur'jer, 5.3.1996.

** Nach jüngsten Angaben 664 US-Dollar, vgl. OMRI Daily Digest, Nr. 221, 14.11.1996, Teil II.

*** Anderen Angaben gemäß 290 Mio. US-Dollar, vgl. Kievskie Vedomosti, 24.1.1996 sowie OMRI Daily Digest, Nr. 17, Teil II, 24.1.1996.

**** Nach den tschechischen Angaben entsprechend 242,5 Mio. US-Dollar und 403,8 Mio., vgl. Juraj Melioris, Algoritm rozvitku vzajemovygidnogo spivrobotnyctva, in: Polityka i čas, 1996, Nr. 6, S. 33.

Der Anteil der CEFTA am gesamten Handel der Ukraine erreichte in der ersten Jahreshälfte 1996 lediglich 4,7 Prozent, im Handel der Ukraine mit europäischen Ländern 17,9 Prozent.¹⁰⁹ Dies sollte jedoch kein grundsätzliches Hindernis darstellen, weil die Teilnahme der Ukraine an der CEFTA den Handel anregen würde. Der Status eines assoziierten EU-Mitglieds als eine der Bedingungen der CEFTA-Mitgliedschaft wird wohl ein Problem bleiben, weil es unwahrscheinlich ist, daß die EU der Ukraine diesen Status in der nächsten Zukunft gewähren wird. Die EU und die CEFTA sollten eine Kompromißlösung suchen, um die Ukraine in ihren Bemühungen zu unterstützen, zu einem Bestandteil Ostmitteleuropas zu werden. Ein anderes Problem bildet aus Sicht der CEFTA-Staaten die Teilnahme der Ukraine an den GUS-Strukturen. Die Ukraine ist der erste und bis dahin einzige GUS-Staat, der sich offiziell um die CEFTA-Mitgliedschaft bemüht¹¹⁰. Die CEFTA befürchtet anscheinend die Reaktion Rußlands (die CEFTA-Mitgliedschaft würde die Frage nach der Beteiligung der Ukraine an der GUS-Wirtschaftsunion endgültig schließen) und will keinen Präzedenzfall schaffen.¹¹¹

Fazit

Die Beziehungen zu den Staaten Ostmitteleuropas wurden zwar von Anfang an zu einer der Prioritäten der ukrainischen Außenpolitik erklärt, aber erst in den letzten Jahren nehmen sie einen immer wichtigeren Platz ein. Dabei hat sich auch die Zielsetzung verändert. In den ers-

¹⁰⁹ Volkhardt Vincentz, The Ukraine and CEFTA, ein Paper, vorbereitet für die Konferenz der Friedrich Ebert Stiftung "The Future Development of CEFTA: Institutionalisation, Deepening, Widening", Warschau, 28.-30. November 1996, S. 4.

¹¹⁰ Der russische Ministerpräsident Tschernomyrdin hat zwar im September 1996 in einem Brief an die Regierungschefs der CEFTA-Staaten einen Dialog zwischen der CEFTA und Rußland vorgeschlagen, Rußland hat jedoch noch keinen Beitrittsantrag gestellt. Vgl. Ósrodek Studiów Wschodnich, Wiadomości, Nr. 175, 16.9.1996, S. 8.

¹¹¹ Vgl. dazu Zbigniew Madej, Is It Possible for CEFTA to Be Enlarged Eastward, ein Paper, vorbereitet für die Konferenz der Friedrich Ebert Stiftung "The Future Development of CEFTA: Institutionalisation, Deepening, Widening", Warschau, 28.-30. November 1996.

ten Jahren, unter Präsident Krawtschuk, wurde das Verhältnis zu Ostmitteleuropa nicht selten implizit als ein Mittel verstanden, Rußland in der Region zu isolieren. Jetzt wird Ostmitteleuropa von Vertretern der ukrainischen politischen Elite zunehmend als ein Bezugspunkt für die Identitätsbildung und "Europäisierung" der Ukraine gesehen sowie als ein Gegengewicht zu Rußland und der GUS.

Die Beziehungen der Ukraine zu ihren westlichen Nachbarn werden im wesentlichen vom Erfolg oder Scheitern der wirtschaftlichen und politischen Reformen im Lande abhängen. Werden die Reformen greifen, wird auch die Ukraine als wirtschaftlicher und politischer Partner für die ostmitteleuropäischen Länder attraktiver, sollten sie scheitern, werden sich die Ukraine und die Staaten Ostmitteleuropas immer weiter auseinanderentwickeln. Das Verhältnis zu den ostmitteleuropäischen Staaten allein kann zwei wichtigste Probleme, mit denen die Ukraine konfrontiert wird, die Sicherheit des Landes und die wirtschaftliche Krise, zwar nicht lösen, da hierfür sowohl der Beistand des Westens als auch eine benigne Politik Rußlands unentbehrlich sind. Aber dieses Verhältnis ist eine der Voraussetzungen für die Anbindung des Landes an europäische Strukturen, an die Entwicklung in Europa. Die Osterweiterung der EU und der NATO wird dem ukrainisch-ostmitteleuropäischen Verhältnis in jeder Hinsicht eine noch größere Bedeutung verleihen.

Olga Alexandrova

Ukraine and the States of East Central Europe

Bericht des BIOst Nr. 9/1997

Summary

Introductory Remarks

Most surveys of Ukrainian foreign policy focus chiefly on such issues as relations between Ukraine and Russia, relations with the West, particularly with the USA, and Ukraine's attitude to NATO's expansion eastwards. Ukraine's relations with its immediate neighbours to the west – Poland, Slovakia, the Czech Republic and Hungary – are usually discussed only in passing. In fact, however, the importance of these states for Ukraine's relations with the outside world can scarcely be overestimated. Since 1995 Ukraine has concentrated increasingly on trying to become integrated in European structures, an endeavour in which the countries of East Central Europe have an important role to play. Indeed, these countries themselves have an interest in supporting Ukraine's bid to become part of Europe.

The present Report analyses the most important aspects of Ukraine's relations with Poland, the Czech Republic, Slovakia and Hungary as well as its links with an important neighbour to the southeast – Rumania.

Findings

1. While Ukraine and the countries of East Central and South-eastern Europe are united by many common factors – geographical, ethnic, historical, political and cultural – they are also divided over a number of issues, both old and new. It was of vital importance for Ukraine to put its relations with the states of East Central Europe and all its other neighbours on a formal footing in order to defend its territorial integrity, defuse possible ethnic conflicts and consolidate its existence as an independent state.
2. Ukraine's independence has brought about a fundamental change in the security situation in East Central Europe. As an independent state Ukraine now has a major role to play in the formation of any new security structure in the region. Ukraine and the states of East Central Europe have clear common security interests and have come to recognise their interdependence in this sphere. The issue of NATO's expansion eastwards has made regional security the number one issue in relations between Ukraine and East Central Europe. Unlike Russia, Ukraine has never rejected its neighbours' potential membership of NATO out of hand, even though it is Ukraine, not Russia, that would primarily be affected by an expansion of NATO.

3. One area of potential co-operation between Ukraine and the reform states of East Central Europe that is still plagued by obstacles and difficulties is the economic sphere. The unequal speeds at which economic development is progressing and the differing levels that have been reached in Ukraine and in East Central Europe stand in the way of a rapid expansion of market-based trading relations.
4. Poland is Ukraine's second-largest neighbour and is certainly perceived as its most important one after Russia. Poland is also Ukraine's most important trading partner among the states of East Central Europe. Ukrainian politicians have always been aware of the exceptional importance of relations with Poland and made them a high priority early on. Nevertheless, the Ukrainian-Polish relationship is an extremely delicate one that requires sensitive handling by all concerned. Relations between these two states and peoples are burdened by a troubled history, a situation that is exacerbated today by Poland's tendency to shape its policies towards Ukraine and Belarus with an eye to Russian interests. Despite certain frictions and disappointments for the Ukrainian side, both Ukrainian and Polish politicians, at least those belonging to the political elite, have expressed great satisfaction with the current state of relations and with the prospects they hold out for the future. Since the signing of the Friendship Treaty with Poland in May 1992, Ukraine has come to regard the relationship as a strategic one.
5. In a certain sense Hungary played a historic role in bringing Ukraine into the international arena. The visit to Kyiv by Hungarian President Arpad Göncz in September 1990 was the first by a foreign head of state following Ukraine's declaration of sovereignty and marked Ukraine's emergence from political obscurity. Following the signing of the Ukrainian-Hungarian agreement on minority rights in May 1991, relations have gone relatively smoothly compared to those between Ukraine and other East Central European states.
6. The development of relations between Ukraine and Czechoslovakia and subsequently between Ukraine and the Czech Republic has been sluggish and has achieved less than Ukraine had hoped. Ukraine was unhappy with attempts by some nationalist groups in Czechoslovakia to get the status of the Transcarpathian region put on the Czechoslovak political agenda. The break-up of Czechoslovakia relieved the Ukrainian-Czech relationship of burdensome territorial issues, since the two states no longer had a common border. Relations remained rather cool, nonetheless. The Czech Republic's goal of achieving integration in European structures as quickly as possible led it to give rather low priority to relations with East European states, not wishing to be hampered by these ties.
7. With the break-up of Czechoslovakia the territorial and minorities issues fell to Slovakia. All the more surprising, then, that Slovak-Ukrainian relations have undergone a dynamic and relatively unproblematic development. Ukraine was the first state to recognise the Slovak Republic and there were indications early on that the two states would establish close contacts.
8. Alongside Russia Rumania is Ukraine's most troublesome neighbour. It is the only neighbouring state outside the CIS that has yet to sign a friendship and co-operation treaty with Ukraine. Bilateral relations are strained by a number of problems, the most serious of

which are territorial disputes and minority issues. Either directly or indirectly Rumania has asserted territorial claims to southern Bessarabia, the northern Bukovina and the Serpent Island in the Black Sea. Unresolved territorial issues are hindering co-operation in other areas, particularly in the economic sphere.

9. Ukraine's wish to become part of the various East Central European structures forms another very important aspect of its relations with Poland, Hungary, the Czech Republic and Slovakia. It has its sights set particularly on the Central European Initiative and CEFTA, which it regards as important alternative alliances to the CIS. The future of Ukraine's relations with its western neighbours will depend to a large extent on how successful Ukraine is in carrying out political and economic reforms. If the reforms take hold Ukraine will become a more attractive economic and political partner; should they fail, however, Ukraine and the East Central European states will increasingly go their separate ways.